

X H  
~~5041~~

U.C. BERKELEY LIBRARY

UC-NRLF



B 2 858 259

E  
780  
B71  
1918  
MAIN

ARY  
1977 82  
08114





Fehler und Forderungen  
Schriften zur Neugestaltung  
deutscher Politik

Herausgegeben v. Palatinus

6

Nr. 7. Bonn

Was will  
Wilson?



*John ...*  
*Wöttingen, 1918.*

München bei Georg Müller

THE  
LIFE OF  
MRS. MARY  
ANN  
MORRIS

+

1848

# Fehler und Forderungen

Schriftenfolge zur Neugestaltung deutscher Politik

Herausgegeben von Palatinus

Sechstes Heft





M. J. Bonn

# Was will Wilson?

München bei Georg Müller

XH5841

Druck von G. Kreyfing in Leipzig.

E  
780  
B71  
1918  
MAA

# Inhaltsverzeichnis

	Seite
Einleitung . . . . .	7
Die Grundgedanken der amerikanischen Politik .	19
Die amerikanische Friedensaktion . . . . .	35
Wilson's Ziele . . . . .	58
Idealismus und Realpolitik . . . . .	90



---

## Einleitung

Alle Politik kann ihre Ziele in letzter Linie nur durch Beeinflussung der menschlichen Willenskraft erreichen. Sie kann dies durch Zwang militärischer oder wirtschaftlicher Art tun, oder sie kann diese Umbiegung des menschlichen Willens durch Überredung und Ablenkung erzielen. Um dem rein politischen Stoß der Gegner begegnen zu können, muß man daher zunächst ihre Ziele erkennen. Das ist nicht schwer, wenn es sich um plumpe Annexionsbestrebungen handelt, wie etwa bei Frankreich oder Italien. Es ist keine einfache Aufgabe, wenn man einem verwickelten System von politischen Zwecken gegenüber steht, wie bei den angelsächsischen Gegnern. Man ist meist zu leicht geneigt, die Ziele der Gegner nicht etwa aus den Bedürfnissen hervorgehen zu lassen, die bei ihnen klar nachgewiesen werden können, sondern mit mancherlei phantastischen Unterstellungen zu arbeiten. Man

nimmt viele dieser Bedürfnisse als gegeben an, indem man auf der Kenntnis einiger, recht oft nebensächlicher, Beweggründe ein mehr oder minder geschlossenes logisches System aufbaut. Man tut dadurch dem Gegner den Gefallen, die entscheidenden Beweggründe zu übersehen und die wichtigsten seiner Ziele zu verkennen. Wer z. B. die Teilnahme Englands am Kriege ausschließlich aus Handelsneid erklären will, wird den Plänen der englischen Weltmachtspolitik recht hilflos gegenüberstehen. Er kann gewiß nachweisen, daß England im Verlaufe des Krieges der Vernichtung des deutschen Handels gewaltige Energie gewidmet hat. Er verwechselt aber Kriegsziele mit Kriegsmitteln und übersieht vollkommen, daß der Handelskrieg nicht die Aufgabe hat, die Taschen der englischen Produzenten zu füllen, — dafür wäre der Krieg viel zu kostspielig, — sondern die wirtschaftlichen Grundlagen zu zerstören, auf denen ein Teil der deutschen Machtentfaltung beruhte. Und er bedenkt daher nicht, daß Kriegsgründe und Kriegsziele nicht gleichbedeutend sind. Der Krieg ermöglicht die Stellung mancher Forderungen, um derenwegen ihn niemand unternommen hätte. Das deutsche Volk hat sicher nicht zu den Waffen gegriffen, um Polen zu befreien, oder um eine sozialistische Republik in Ruß-

land zu begründen. Kriegsfolgen sind nur das Ergebnis des Kriegszustandes, aber nicht seine Ursache. Nur in den seltensten Fällen ist staatsmännisches Erkennen und militärisch-politisches Können so gereift, daß Kriegsgründe sich restlos in Kriegsfolgen verwirklichen lassen.

Dazu kommt eine weitere Schwierigkeit: in einem Kriege von der Dauer des gegenwärtigen Ringens ist ein einheitlich politisches Wollen in keinem Lande vorhanden. Trotz aller Aufforderung zur Einigkeit geht überall ein Riß durch die Völker, der durch ihre Auffassung von der künftigen Ordnung der Dinge verursacht ist. So wenig das Weltbild, das die deutsche Sozialdemokratie verwirklichen möchte, mit dem der Vaterlandspartei übereinstimmt, ebensowenig decken sich die Auffassungen pazifistischer englischer Radikaler und englischer Machtpolitiker vom Schlage eines Sir Edward Carson. Da aber der Krieg eine äußerlich sichtbare Einheitlichkeit verlangt und zu zweckmäßigem Handeln politische Geschlossenheit nötig ist, so bilden sich überall Koalitionsregierungen. Innerhalb dieser Regierungen gehen die einzelnen Richtungen weiter. Sie haben nur vorübergehend darauf verzichtet, ihre Forderungen zum Ausdruck zu bringen. Wie stark die Anhänger einer solchen

Richtung sind, läßt sich schwer erkennen; allgemeine Neuwahlen finden nicht statt; die wenigen Ergänzungswahlen, die nicht im Zeichen des Burgfriedens stehen, liefern nicht allgemein gültige Ergebnisse. Daher sind selbst in Ländern mit rein parlamentarischem System nur die Kriegsziele der jeweiligen Regierung erkennbar. Es steht aber nicht fest, ob diese Kriegsziele mit den Zielen des Volkes übereinstimmen, oder ob nicht plötzlich diese Regierung hinweggefegt werden und eine Opposition mit ganz anderen Auffassungen ans Ruder kommen wird. Wie groß solche Schwankungen sein können, zeigt der unvermittelte Übergang Rußlands vom Zarismus zur revolutionären Republik.

Die parlamentarischen Regierungen sind indessen durch die Parteiorganisationen von der Stimmung im Lande unterrichtet, auch wenn keine Neuwahlen stattfinden. Sie suchen sich durch ihr jeweiliges Verhalten derselben anzupassen. Selbst wenn die allgemeine äußere politisch-militärische Lage sich nicht verändert, — sie ändert sich jeden Tag, — so verschiebt sich doch die innere Lage fortwährend. Was gestern erwünscht und möglich war, mag heute noch ebenso erwünscht sein; wenn es aus dem Bereich des Möglichen ausgeschieden ist, hört es auf, Gegenstand der vernünft-

tigen politischen Diskussion zu sein. Das gilt selbst für die letzten Ziele, die sich leitende Staatsmänner stecken mögen. Man muß sie wenigstens zeitweilig zurückstellen, wenn man überzeugt ist, sie nicht verwirklichen zu können, — obwohl ein wirklich großer Staatsmann Lebensnotwendigkeiten seines Volkes nie aufgibt. Da aber unsere Zeit fast ausschließlich hartnäckige Ideologen ohne konstruktive Begabung, oder schwankende Opportunisten ohne Ideenflug an die maßgebenden Stellen gebracht hat, so findet selbst in den letzten Zielen ein stetes Schwanken bei den Gegnern statt; — von einem Wechsel der Mittel, der sich von selbst versteht, soll dabei gar nicht die Rede sein. In einem einzigen Lande liegen die Dinge scheinbar verhältnismäßig einfach: in Amerika.

In gewöhnlichen Zeiten wird die amerikanische Außenpolitik vom Präsidenten und vom Senat gemacht. In Kriegszeiten dagegen geht die Macht beinahe automatisch auf den Präsidenten über. Es hängt natürlich von seinem Charakter ab, in welchem Umfange er von den ihm verfassungsmäßig zustehenden Befugnissen Gebrauch machen will. Er hat aber das Recht, sie unbehindert auszuüben. Das bedeutet allerdings nicht, daß die von ihm vertretene Politik die Zustimmung aller Amerikaner findet; der Präsi-

dent ist als Haupt einer Partei gewählt und daher bestensfalls der Vertreter einer Mehrheit. Die Opposition im Senat und im Haus der Volksvertreter bekämpft seine Politik sehr häufig energisch. Das amerikanische Volk aber, das von Außenpolitik nichts versteht, und sich dieses Mangels bewußt ist, ist in der Regel bereit, ohne Rücksicht auf die Stimmung seiner Abgeordneten die Politik des Präsidenten zu unterstützen, wenn derselbe sein Vertrauen genießt. Hat er dieses nicht, so helfen ihm seine weitgehenden Befugnisse nichts; seine Politik wird am Widerstand des Kongresses und der öffentlichen Meinung scheitern.

Unter den heutigen Umständen ist das amerikanische Volk bereit, die Politik des Präsidenten Wilson zu unterstützen. Es gibt gewiß breite pazifistische Schichten, die sein Eingreifen in den Krieg verdammen. Es gibt andere einflußreiche Gruppen, die ein viel engeres Verhältnis zu den Alliierten wünschen, als er bisher einzugehen willens war. Solange aber die Grundzüge seiner Politik der Grundauffassung des amerikanischen Volkes entsprechen, wird dieses hinter ihm stehen. Amerikanische Kriegsziele von heute wird man daher am besten aus den programmatischen Äußerungen des Präsidenten kennen

lernen; sie geben ein zuverlässigeres Bild als etwa die Verhandlungen im Kongreß, denen in Amerika selbst verhältnismäßig wenig Interesse geschenkt wird, oder die Ausführungen der Presse, die häufig nicht das enthalten, was die öffentliche Meinung glaubt, sondern was Besitzer und Herausgeber sie glauben machen wollen.

Wilson hat seine Kriegsziele in einer großen Anzahl Reden und Vorschäften kundgegeben. Diese Äußerungen bilden die besten Grundlagen zur Erkenntnis dessen, was er will. Man muß sich natürlich klar darüber sein, daß politische Reden nicht immer ein offenes und ehrliches Bekenntnis der eigentlichen Ziele zu enthalten brauchen. Was ein führender Staatsmann gesagt hat, kann bewußt oder unbewußt der Irreführung der Gegner sowohl als auch der Anhänger dienen. Es ist aber immer noch eine sicherere Grundlage der politischen Betrachtung, als das was er nicht gesagt hat, da dann phantasiebegabte Beurteiler ihre eigenen Vorstellungen zum Ausgangspunkt weiterer Erörterungen machen. Das ist Wilson gegenüber in mannigfacher Weise geschehen. Man hat nicht nur mannigfache Beweggründe, die ihn zur Kriegserklärung veranlaßt haben sollen, mit einem großen Aufwand von Scharfsinn konstruiert. Man hat auch meist den Unterschied übersehen, der zwischen

den Wilsonschen Zielen und dem Wilsonschen Versuch, diese Ziele mit Waffengewalt zu erstreben, besteht, nachdem sie ihm auf friedlichem Wege nicht erreichbar schienen. Man hat sich überdies in der Motivierung oft sehr leicht getan. Der eine sucht in der Bekämpfung der japanischen Gefahr das einzige Ziel Wilsons und vergißt vollkommen, daß diese Gefahr, soweit sie vorhanden ist, mit der Dauer des Krieges wachsen muß, da ja alle Wettbewerber Japans schwächer werden müssen. Der andere meint, Wilson habe den Krieg erklärt, weil er als angelsächsischer Amerikaner nur angelsächsische Interessen kenne; als Beweis ist hierfür allen Ernstes einmal angeführt worden, Wilson habe durch die Herabsetzung des amerikanischen Tarifs seine Abhängigkeit von England schon vor dem Kriege bewiesen, da ja hierdurch der englische Handel vor allem gefördert worden sei. Ein anderer betont, Wilson habe als Sklave von Wall Street seinen Mitbürgern den Krieg aufgezwungen, um die Vorschüsse zu retten, die amerikanische Bankiers den Alliierten gemacht hätten. Man übersieht dabei, daß mit Ausnahme der 500 000 000 \$ Anleihe, die England und Frankreich gemeinsam aufgenommen haben, alle anderen Alliiertenanleihen durch wertvolle Interpfänder gedeckt waren, diejenigen

der Privaten sowohl, wie die der öffentlichen Körperschaften. Für eine heroische Politik der Schuldensicherung lag also gar kein Grund vor. Da die Alliierten sich immer wieder mit neuen Forderungen an den amerikanischen Geldmarkt wenden mußten, so wäre es ein Leichtes gewesen, die Gewährung neuer Anleihen von der nachträglichen Sicherung der alten abhängig zu machen. Da England allein nach amerikanischer Schätzung noch im Sommer 1916 15 Milliarden nichtamerikanische Wertpapiere besaß, so hätte es den ganzen Betrag 30mal decken können. Überdies betrug der Besitz an britischem, in Amerika gelegenen Eigentum, auf das die amerikanische Regierung die Hand hätte legen können, wenn England seinen Verpflichtungen nicht nachgekommen wäre, sicher ein Mehrfaches der ungedeckt entliehenen Summen. Und wenn die Amerikaner wirklich Zweifel an der Sicherheit ihrer Außenstände gehegt hätten, so durften sie als kluge Geschäftsleute sicher nicht „gutes Geld schlechtem Gelde nachwerfen“, und sich verpflichten, wie das ja bei Teilnahme am Krieg vorauszusehen war, den kleinen Betrag der alten ungedeckten Anleihen durch Ausgabe von neuen ins Ungeheure zu vermehren\*).

---

\*) Im November 1916 schätzte die National City Bank die in Amerika ausstehende Gesamtverschuldung der Allii-

Dabei hatten gerade die Kreise, die das Finanzgeschäft der Alliierten betreiben, nicht das Ohr des Präsidenten. Die Finanzmagnaten wie die Schwerindustrie zählten meist zur republikanischen Partei. Sie waren die Vertreter der Trusts, die Wilson so bitter bekämpft hatte. Er hatte wenig Lust, für sie einzutreten: Im November 1916 verhinderte die amerikanische Regierungsbank die Begebung ungedeckter englischer Schatzwechsel, an denen das Haus Morgan ein großes Interesse hatte. Wilson hatte vor seiner Wiedertwahl allerdings nicht gewagt, rücksichtslos gegen diese Kreise vorzugehen. Nach derselben war die Zeit der Schonung vorüber. Er hat sie dann auch nach der Kriegserklärung in einer Weise geschröpft, daß den amerikanischen Kriegsgewinnlern die Zeit der amerikanischen Neutralität als goldenes Zeitalter erscheinen muß\*).

Man wird daher ein klareres Bild von Wilsons

---

ierten (Staat, Städte und Provinzen) auf 1 805 000 000 \$, davon 1 759 000 000 \$ Regierungsanleihen. Im Februar 1918 war die Gesamtverschuldung der alliierten Regierungen an Amerika auf 4 686 400 000 \$ gestiegen.

\*) Infolge der Festsetzung niedriger Preise durch die Regierung ist z. B. der eigentliche Gewinn des Stahltrusts von 343 000 000 \$ 1916 auf 304 000 000 \$ 1917 gesunken, obwohl die Einnahmen von 1 231 000 000 \$ auf 1 684 000 000 \$ gestiegen sind.

Zielen erhalten, wenn man alle Spekulationen beiseite läßt und annimmt, daß er als amerikanischer Präsident eine Politik zu verfolgen sucht, die seiner Meinung nach den amerikanischen Interessen dient. Auch wenn er, wie das wahrscheinlich ist, gewisse Sympathien mit den Alliierten, vor allem mit Frankreich empfindet, wird er sich hierdurch nicht verleiten lassen, unamerikanische Politik zu treiben. Wenn also die Kriegsziele, die er verkündet, den amerikanischen Interessen entsprechen, dann wird man glauben dürfen, daß er sie wirklich erstrebt. Man wird das um so eher tun können, wenn diese Ziele nichts eigentlich Neues darstellen, sondern Ziele sind, die die amerikanische Politik immer verfolgt hat, und wenn sie gleichzeitig in ihren Grundzügen mit der Politik übereinstimmen, die Wilson von Anfang an zu der seinen gemacht hat. Daß diese Politik nicht auf einer schnurgeraden Linie läuft, daß sich innere Widersprüche zwischen Programm und Ausführung finden, ist ohne weiteres zugegeben; das mag ein Beweis für Mangel an Voraussicht sein, die eine Änderung der Politik nötig machte, oder es mag ein Beweis von fehlendem Zielbewußtsein sein. Man hat nicht nötig, für diesen Mangel an Folgerichtigkeit immer nach tiefliegenden Gründen zu suchen. Selbst der Staatsmann, der sein Ziel unverrückt vor Augen

sieht, muß die Mittel zu seiner Erreichung gelegentlich wechseln. Und man sollte nicht vergessen, daß der Krieg eben auch nur ein Mittel der Politik ist, nicht aber ein letztes Ziel.

---

## Die Grundgedanken der amerikanischen Politik.

Die Grundgedanken der amerikanischen auswärtigen Politik sind ursprünglich durch das Gefühl der Angst bestimmt worden, das die kleine, nur mühsam befreite Republik, gegenüber den waffengewaltigen Monarchien der alten Welt empfand. Man fürchtete auf der einen Seite einen neuen Waffengang; man hatte auf der anderen Seite Besorgnisse, daß europäische Nachbarschaft oder europäische Einflüsse die republikanische Verfassung untergraben würden.

Man suchte diesen Gefahren durch eine Politik weitgehender politischer Isolierung zu entgehen. Dieses Ziel hatte George Washington im Auge, als er 1797 in seiner Abschiedsbotschaft an den Kongreß seinen Mitbürgern den Rat gab, mit den europäischen Völkern zwar Handelsbeziehungen zu pflegen, aber „möglichst

wenig politische Verbindungen zu haben“. Das war das treibende Motiv bei den kontinentalen Land-erwerbungen, die die Vereinigten Staaten vom Jahre 1803 an unternahmen, um meist durch Kauf, gelegentlich aber auch durch Kriege und Schikanen in den Besitz von ganz Nordamerika, mit Ausnahme von Kanada zu kommen. Sie befreiten sich so von jeder Nachbarschaft, Kanada und Mexiko ausgenommen. Das war auch die ursprüngliche Bedeutung der Monroe-Doktrin. Sie erklärte nicht nur, „daß die amerikanischen Kontinente infolge der freien und unabhängigen Stellung, die sie angenommen haben und behaupten, in Zukunft nicht als Ziele künftiger Kolonisationen seitens irgend einer europäischen Macht betrachtet werden dürfen“; sie betonte vielmehr auch, daß das politische System der europäischen Mächte „grundsätzlich von demjenigen Amerikas verschieden ist“, und daß die Vereinigten Staaten den Versuch, dieses System auf einen Teil der westlichen Hemisphäre auszudehnen, „als Gefährdung unserer Sicherheit betrachten würden“. Denn wenn eine große Militärmacht Nachbar der Vereinigten Staaten wurde, so mußte man ihr entweder schutzlos gegenüberstehen, oder man mußte ihrem Beispiele folgen und durch Rüstungen unter Umständen das Gefüge der amerika-

nischen Demokratie gefährden. Die Angst, daß ein siegreicher General der amerikanischen Freiheit gefährlich werden könnte, hat des öfteren eine Rolle in der amerikanischen Politik gespielt.

Die amerikanische Isolierungspolitik ist manchmal recht aggressiv vorgegangen. Sie verliert dadurch ihren Charakter als „Angstpolitik“ nicht; gibt es doch in der Welt nichts brutaleres als die Selbsthilfe einer verängstigten Menge. Sie war nicht völlig erfolgreich, da Kanada trotz aller Anschlußbestrebungen ein Teil des britischen Reiches geblieben ist. Die Nachbarschaft Kanadas wurde indessen kaum noch als Gefahr empfunden; es wurde vielmehr als eine Art von Unterpand für das Wohlverhalten Englands betrachtet. Denn England selbst war ebensowenig eine Militärmacht, wie die Vereinigten Staaten. Es lag weit ab, während die Vereinigten Staaten, Kanada um das 10—20 fache an Menschen überlegen, sich in unmittelbarer Nachbarschaft befanden. Dazu kam der Umstand, der in Amerika stark ins Gewicht fiel, daß England sich immer mehr demokratisierte und gleichzeitig bei jeder Gelegenheit eine das amerikanische Selbstgefühl schonende Politik vertrat. Nach der amerikanischen Ideologie bedeutet eine Schwesterdemokratie keine Gefährdung, auch wenn sie dieselben

Ziele verfolgt, die früher die Monarchie erstrebte. Ueberdies waren die Machtmittel der Vereinigten Staaten seit dem Bürgerkrieg so gewaltig erstarkt, daß diese in Amerika selbst jeder Großmacht gewachsen waren, wenn sie ihre Kräfte vorsorglich organisierten.

Dazu ist wenig Neigung vorhanden gewesen. Militärische Rüstungen von ausreichendem Umfang sind ohne Zwangsmittel gegen die Einzelnen nicht durchzuführen. Vor diesen Zwangsmitteln schreckte die öffentliche Meinung zurück. Man hat zwar in den Einzelstaaten den Regierungen gelegentlich sehr weitgehende Eingriffe ins Leben ihrer Bürger gestattet; der Bundesregierung wollte man solche Befugnisse nicht anvertrauen. Ein Mißtrauen gegen die Ausdehnung der Staatsgewalt über die in der Verfassung festgelegten Grenzen steckt in jedem Amerikaner, auch wo die Furcht vor einem etwa entstehenden Cäsarismus nicht mitspielt. Die Bundesverfassung ist ganz bewußt auf dem Grundgedanken aufgebaut, der Zentralregierung dem Einzelnen gegenüber möglichst wenig Einfluß einzuräumen. Außerdem besorgte man die Entstehung einer eigentlichen Offizierskaste, die sich von der sonst nicht kastennäßig abgeschlossenen Bevölkerung absonderrt werde und nicht nur durch

ihr bloßes Dasein das System völliger Gleichheit durchbrechen werde, sondern auch als „Militärpartei“ Einfluß auf die Politik gewinnen würde. Die leidenschaftlichste Empfindung der amerikanischen Demokratie ist das Bestreben, die Rechtsgleichheit aller Bürger vor dem Aufkommen privilegierter Stände zu schützen. Dazu kommen noch die wirtschaftlichen Erwägungen gegen Rüstungen, die in einem Lande, in dem fast alles ziffermäßig erfaßt wird, von besonderem Gewicht waren.

Daher hat Amerika ganz bewußt eine Politik verfolgt, die das Austragen internationaler Konflikte durch Rechtspruch und nicht durch Waffengewalt herbeizuführen suchte, und dadurch die militärischen Rüstungen überflüssig machen sollte. Schon 1780 wünschte Benjamin Franklin die Ausarbeitung eines Planes, der die Völker veranlassen und zwingen würde, ihre Streitigkeiten zu schlichten, „ohne daß sie einander die Hälse abschnitten“. Man hat schon 1797 den ersten Versuch gemacht, in einem Vertrage die Erledigung von Konflikten durch freundschaftliche Aussprache zu vereinbaren, und die Entscheidung der Waffen erst anzurufen, wenn Verhandlungen während einer bestimmten Frist ergebnislos verstrichen seien.“\*)

---

\*) Vertrag mit Tunis August 1797 und mit Tripolis 4. Juni 1805.

Noch früher (1794) haben die Vereinigten Staaten begonnen, territoriale Streitigkeiten, an denen sie beteiligt waren, durch Schiedsspruch einer dritten Macht zum Austrag zu bringen. Trotz gelegentlicher leidenschaftlicher Ausbrüche der Bevölkerung gegen diese Methoden haben im 19. Jahrhundert fünfzig bis sechzig solcher Schiedssprüche stattgefunden. Die Arbeit der beiden Haager Konferenzen, deren Zustandekommen gerade in Amerika besonders freudig begrüßt wurde, ermöglichte die systematische Fortentwicklung dieser Gedanken. In den Jahren 1908—1910 wurden mit zweiundzwanzig Staaten Schiedsgerichtsverträge abgeschlossen, in denen die Vereinigten Staaten sich verpflichteten, Streitigkeiten einem Schiedsspruch zu unterbreiten, soweit sie keine Lebensfragen berührten. Etwas später suchte Präsident Taft diese Einschränkung zu beseitigen und alle Streitfragen nicht einem Schiedsmann, sondern einem Gerichtshof zu unterbreiten. Sein Nachfolger Wilson, der den Pazifisten Bryan zum Staatssekretär ernannt hatte, ging weit darüber hinaus. Er schloß mit zahlreichen Staaten Verträge, auf Grund deren alle Streitigkeiten, die nicht auf diplomatischem Wege erledigt werden konnten, einer aus fünf Mitgliedern bestehenden Internationalen Kommission unterbreitet werden sollten.

Während der Prüfung des Falles durch die Internationale Kommission und bis nach erfolgter Berichterstattung durch dieselbe waren die vertragschließenden Parteien gebunden, weder den Krieg zu erklären, noch Feindseligkeiten zu beginnen. Es sollte so der Versuch gemacht werden, alle Konflikte friedlich zu lösen.

Diese Gedanken entsprachen den Wünschen des amerikanischen Volkes. Sie sind von den Häuptern beider Parteien vertreten worden. Es hat gelegentlich Opposition gegen sie gegeben, die sich aus Parteikämpfen und aus Kompetenzkonflikten zwischen Senat und Präsidenten leicht erklären läßt. Sie scheinen manchmal im Gegensatz zu den Aufwallungen der amerikanischen Volksseele zu stehen — man denke nur an den spanisch-amerikanischen Krieg. Sie entsprechen aber im großen ganzen der amerikanischen Weltanschauung. Die isolierte Lage, die Amerika durch die Gunst der Vorsehung und die eigene geschickte Politik erreicht hat, beweisen dem Amerikaner die Möglichkeit einer derartigen Friedenspolitik. Man hat eine 3000 Meilen lange, ungeschützte Grenze nach Kanada zu; man hat mit England einen hundertjährigen Frieden feiern können, obwohl man keinen eigentlichen militärischen Schutz genießt. Im Gegen-

teil, statt Seeere einzuüben und Befestigungen anzulegen, hat man im Jahre 1817 ein Abrüstungsübereinkommen mit England geschlossen, das den Bau einer Kriegsflotte auf den großen Seen verhindert hat. Man hat dadurch ein Wettrüsten vermieden und den Frieden bewahrt. Der Amerikaner vermag nicht einzusehen, warum Methoden, die an seiner offenen Nordgrenze erfolgreich gewesen sind, nicht auch an anderen Orten möglich sein sollten.

Die Voraussetzung einer solchen Politik ist nun aber der Abschluß von internationalen Verträgen, die unter allen Umständen unverbrüchlich gehalten werden müssen. Man kann durch Interpretationskünste wohl Dinge in einen Vertrag hinein- oder aus ihm herauslesen, — die amerikanische Jurisprudenz ist Meisterin in gewundener Kasuistik — man kann ihn unter Umständen materiell völlig aushöhlen; wenn er richtig zustande gekommen ist, ist er als Form heilig und unauflöslich wie der Bund, den Gott mit seinem Volke schloß. Bei der naiven Vertrauensseligkeit, die das amerikanische Volk auszeichnet, und die von europäischem Mißtrauen seltsam absticht, besteht gar keine große Schwierigkeit, die Ordnung der Welt auf Verträge und gütliche Vereinbarungen, statt auf Macht zu stellen. Man muß nur wollen, dann werden Vernunft

und Menschlichkeit alle Fragen lösen können, die früher das Schwert entschieden hat. Die gewaltige materielle Entwicklung, die Amerika in kurzer Zeit durchlaufen hat, zeigt dem Amerikaner die Entwicklungsfähigkeit der Welt; sie gibt ihm einen frohen Optimismus, mit dem er sich ohne Sachkunde an die Lösung der schwierigsten Aufgaben macht. Der Glaube kann Berge versetzen; warum sollte er nicht auch die etwas durcheinander geratenen Grenzpfähle der Völker nach gerechten Prinzipien neu anordnen können?

Aus den Grundzügen der amerikanischen auswärtigen Politik folgte aber noch ein weiteres: Solange das System der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit nicht völlig durchgeführt war, bestand natürlich immer die Gefahr gewaltiger bewaffneter Konflikte. Wenn solche ausbrachen, hatte Amerika neutral zu bleiben. „Europa,“ sagte George Washington, „hat seine eigenen Interessen. Unsere wahre Politik muß es sein, uns von dauernden Allianzen irgend eines Teiles der fremden Welt frei zu halten.“ Als neutraler Staat, der an den Streitigkeiten der übrigen Mächte nicht stark interessiert war, suchte es dahin zu wirken, daß die Verheerungen des Krieges im wesentlichen auf die Kriegführenden beschränkt blieben und

die Interessen der Neutralen nicht verletzen. Seine Staatsmänner suchten ganz bewußt den europäischen Mächten die Vorstellung aufzuzwingen, daß die Interessen der Neutralen denen der Kriegführenden voringen, und daß die Rechte der Kriegführenden überall durch diejenigen der Neutralen beschränkt seien. Wie alle Nationen haben die Amerikaner die Rücksicht auf die Neutralen nicht eben allzu ängstlich gewahrt; wenn sie selbst Krieg führten. Da für sie aber der Kriegszustand stets die Ausnahme war, und da ihre Staatsmänner selten daran dachten, daß auch sie gelegentlich unter die Kriegführenden gehen würden, so haben sie diese Fragen meist vom Standpunkt der Neutralen, nicht von dem der Kriegführenden betrachtet. So haben sie auf der einen Seite eine sehr weitgehende Berücksichtigung der Rechte der Neutralen verlangt; auf der anderen Seite haben sie wenig Lust gezeigt, ihre Handlungsfreiheit durch Neutralitätspflichten gar zu sehr einschränken zu lassen. Aus der Vorstellung, daß der Kriegszustand das Abnorme und das Unrechtmäßige sei, ergab sich die Forderung von selbst, daß er dem normalen Zustand möglichst wenig Abbruch tun dürfe. Es darf vor allem der Handel der Neutralen nicht unterbunden werden. Daher haben die Vereinigten Staaten seit 1785 die Grund-

sätze der freien See zur Umwendung zu bringen gesucht. Sie verstanden darunter das Recht des neutralen Staates, unbehindert Handel mit den Kriegsführenden treiben zu dürfen. Feindliche Güter und feindliche Personen auf neutralen Schiffen sollten nicht konfisziert werden dürfen. Sie haben dieses Prinzip in seiner weitesten Ausdehnung auf der Haager Konferenz vertreten. Sie haben sich während des Krieges den englischen Übergriffen gefügt, — aber sie haben das Prinzip nicht geopfert. Ja sie haben es mit jener Unbeständigkeit, die die amerikanische Politik während des Krieges auszeichnet, zum Ausgangspunkt der Kriegserklärung gegen Deutschland gemacht. „Der gegenwärtige deutsche Krieg gegen den Handel ist ein Krieg gegen die Menschheit,“ sagte Wilson in der Botschaft vom 2. April.

Der Ausbruch des großen Krieges war natürlich ein schwerer Schlag für die amerikanische Politik. Er zeigte deutlicher, als es die schärfsten Argumente gekonnt hätten, daß das Schwert einstweilen noch stärker war, als der Geist. Er schien in den Augen der Friedensfanatiker geradezu eine Herausforderung der Friedensideen. In den Köpfen der großen Menge setzte sich sehr bald die Meinung fest, daß der Friede hätte gewahrt werden können, wenn Deutschland die

Anregungen Englands angenommen hätte, und seinen Einfluß für die Erledigung des österreichisch-serbischen und des russisch-österreichischen Konfliktes vor einem Schiedsgericht eingesetzt hätte. Dieser Eindruck wurde durch den Einmarsch in Belgien verschärft. Wenn internationale Konflikte nicht durch das Schwert, sondern durch Schiedsgericht und Urteilspruch ausgetragen werden sollen, so ist eine Voraussetzung nötig. Es müssen Verträge abgeschlossen werden, die diese internationale Regelung vorsehen. Das ist nur möglich, wenn die Gewißheit besteht, daß solche Verträge unter allen Umständen von Allen unverbrüchlich gehalten werden. Der deutsche Einmarsch in Belgien erschütterte in der Meinung weiter Kreise den Glauben an die Sicherheit und den ungefährdeten Bestand der eingegangenen internationalen Rechtsverträge. Man bildete sich ein, daß bis zur deutschen Kriegserklärung an Belgien ein Zustand absoluter Vertragstreue in der Welt bestanden habe; erst durch Deutschlands Vorgehen sei dieses System in Stücke gebrochen. Der italienische und der rumänische Vertragsbruch, oder die Vergewaltigung Griechenlands und die Zerstörung des internationalen Seerechts durch England seien eigentlich nur der Beweis für die Richtigkeit dieser Behauptung; denn sie zeigen klar

und deutlich, daß dieses eine schlechte Beispiel die Auflösung aller internationalen Verpflichtungen nach sich gezogen habe. Die Entschuldigung, daß Deutschland aus Not gehandelt habe, machte die Sache nicht besser. Eine solche Ausführung besage ja nur, daß ein Staat, der durch internationale Abmachungen gefesselt sei, das Recht für sich in Anspruch nehmen dürfe, diese Abmachungen einseitig aufzuheben, wenn er seine Lebensinteressen für gefährdet halte. Die Schwierigkeiten aller internationalen Abmachungen liege nun in den Reibungen, die „Lebensfragen“ berührten; internationale Konflikte niederen Grades ließen sich immer leicht beilegen, ohne daß es, wenigstens bei den Großmächten, verwickelter internationaler Abmachungen bedürfe. Solche Abmachungen wären aber zur Verhütung großer Konflikte unumgänglich nötig, wenn ein Waffengang ausgeschlossen sein solle. Wenn es jedoch im Belieben einzelner Parteien stehe, im Falle wirklicher oder vermeintlicher Notwehr sich einseitig von Vertragsverpflichtungen zu befreien, dann fehle den Vertrag schließenden Parteien bei einem internationalen Abkommen eben die Sicherheit, die die Grundlage einer jeden Völkergemeinschaft bilden müsse. Durch den Einmarsch in Belgien habe Deutschland ein Selbsthilferecht des einzelnen Staates

verkündet, daß das Zusammenleben der Staaten-  
gemeinschaft in jeder Form erschüttere. Es gefährde  
so die Sicherheit aller Völker und die Amerikas im  
besonderen. Es habe aus der Erwägung heraus, daß  
seine Interessen dies verlangten, Belgien den Krieg er-  
klärt, obwohl es selbst die Neutralität Belgiens durch  
Unterschrift unter den Vertrag von 1839 garantiert  
habe. Wenn die garantierte Neutralität nicht länger  
unverletzlich sei, dann sei die Neutralität als solche  
nur soweit gesichert, als die Macht der Neutralen sie  
schützen könne. Der Zusammenbruch des internatio-  
nalen Seerechts durch die Verletzung der Alliierten  
und später durch den deutschen Unterseebootkrieg  
scheine klar und deutlich zu beweisen, daß das ganze  
System der internationalen Verträge und des be-  
stehenden internationalen Rechts in seinen Grund-  
lagen zusammengebrochen sei\*). Die Verbreiterung  
dieses Systems sei das Hauptziel der amerikanischen

---

\*) Es ist sehr interessant, daß in einem neuen englischen  
Prisenfall der Attorney General den Satz aussprach: „Wenn  
das Leben einer Nation bedroht ist, sind die Herrscher dieser  
Nation die Treuhänder ihrer Untertanen, und jede Handlung,  
die sie ausführen, ist im Verhältnis zum internationalen  
Recht berechtigt und rechtmäßig“. Als Autorität, der dieser  
Ausspruch wörtlich entnommen wurde, zitierte er den be-  
kannten amerikanischen Admiral Mahan. Verhandlung  
vom 20. März 1918; Morning Post vom 21. März.

Politik gewesen. Sein Zusammenbruch stelle die Vereinigten Staaten vor neue Fragen. Denn der Verlauf des Krieges habe deutlich genug gezeigt, daß man sich auf die Gunst der geographischen Lage als Mittel völliger Isolierung nicht länger verlassen könne. Wenn die Vereinigten Staaten in Zukunft sich ausreichender nationaler Sicherheit erfreuen wollten, wie sie das in der Vergangenheit getan hätten, ohne die Last schwerer Rüstungen auf sich zu nehmen, so müsse an Stelle der geographisch-technischen Sicherheit die politisch-rechtliche treten. Da das Weltmeer einer feindlichen Macht keine unüberwindlichen Schranken mehr entgegensetze, und der Überseehandel Amerika überall verwundbar gemacht habe, seien neue Bürgschaften für die Sicherheit zu schaffen. Diese Bürgschaften müßten die Willkür der einzelnen Staaten eindämmen. Deutschland habe sich zum Prinzip der rücksichtslosesten bewaffneten Selbsthilfe bekannt. Wenn es das Recht für sich in Anspruch nehme, unter Mißachtung von Verträgen seine Interessen zu vertreten, so werde es nie zögern, nicht verpflichtende, einseitige Schutzmaßregeln der Vereinigten Staaten, wie etwa die Monroe-Doktrin, zu durchbrechen, falls es dies für zweckmäßig hielte. Da die technischen Sicherungen, die bis

dahin Amerika geschützt hatten, die große Entfernung und die britische Seeherrschaft in sich zusammengebrochen seien, hätte Amerika sonst keine ausreichenden Sicherungen gegen eine nur die eigenen Interessen verfolgende Politik Deutschlands, — es seien denn erdrückende Rüstungen.

---

---

## Die amerikanische Friedensaktion.

Daraus entwickelte sich schon frühzeitig eine gewisse aktivistische Bewegung in Amerika. Diejenigen Kreise, die durch verwandtschaftliche, gesellschaftliche und wirtschaftliche Beziehungen den Alliierten besonders nahestanden, wünschten von Anfang an eine Niederlage Deutschlands; sie erwärmten sich allmählich für eine Teilnahme Amerikas am Kriege. Zu ihnen stieß eine Gruppe von Idealisten, die die Grundsätze der politischen Weltordnung für gefährdet hielten, wenn Deutschland nicht dafür bestraft werde, daß es sie durchbrochen habe.

Präsident Wilson war Gegner dieser aktivistischen Politik. Er war vielleicht im Innern seines Herzens der gleichen Auffassung über die Schuld Deutschlands am Kriege, wie die aktivistischen Kreise. Er war aber ein leidenschaftlicher Kriegsgegner. Er begegnete sich darin mit den Anschauungen der Mehrheit seiner

Landsleute. Man pflegt ihn gerne als Diktator hinzustellen, der eine raffiniert durchdachte Politik Stück um Stück enthüllt und dabei das amerikanische Volk Schritt für Schritt der Teilnahme am Weltkriege zugetrieben hat. Es ist heute noch nicht angängig, eine Charakteristik des Präsidenten Wilson zu geben. Es genügt aber zur Beurteilung seiner Politik während des Krieges, daß dieselbe mit seinen Grundsätzen vor dem Kriege übereinstimmt. Der Mann, der Bryan zum Staatssekretär machte, kann füglich als Pazifist bezeichnet werden. Und der amerikanische Präsident, der trotz des Druckes mächtiger Interessen, darunter auch solcher in der eigenen Partei, die bewaffnete Intervention in Mexiko unterlassen hat, ist sicher kein Imperialist. Die Behandlung der mexikanischen Angelegenheit als Ganzes ist kein Ruhmesblatt der Wilsonschen Staatskunst. Gerade deshalb ist sie für die Erkenntnis seiner politischen Persönlichkeit von besonderem Werte. Sie zeigt durchaus keinen Machiavelli, sondern einen Politiker, der ein ganz bestimmtes Ideensystem im praktischen Leben verwirklichen will, ohne von den Tatsachen im einzelnen eine allzugenaue Kenntnis zu haben. Er ist bei dem Bilde, das er sich von den tatsächlichen Zuständen gemacht hat, in hohem Maße von persönlichen Antipathien beein-

fließt, die ihrerseits wieder auf subjektive sentimental-humanitäre Eindrücke zurückgehen, — so erklärt sich z. B. sein Haß gegen Huerta, der so stark war, daß er zeitweilig dem Prinzip der Nichteinmischung untreu wurde. Er kehrte aber, nachdem er scheinbar seinen Standpunkt geändert hatte, zu seinem ursprünglichen System zurück. Er sträubte sich mit außergewöhnlicher Hartnäckigkeit gegen Eingriffe, selbst wo das Leben von Amerikanern gefährdet war. Nur wenn der Druck von unten zu stark wurde, entschloß er sich, der unter Zögern und Zaudern den geeigneten Moment versäumt hatte, scheinbar blüßschnell zu einer befreienden Tat, die viel weiter ging, als ursprünglich nötig gewesen wäre; z. B. zum Einrücken in Mexiko. Sowie der Schlag geführt ist, der die momentane Spannung beseitigt, sinnt er darauf, wie er ihn wieder ungeschehen machen und mit Formeln und Verträgen die rohe Gewalt ersetzen könne. Denn Wilson ist kein Mann der Tat; er zögert und zaudert, wo er handeln muß; er will durch das Wort wirken und durch den Geist, der in dem Worte zur Gestaltung kommt. Er will den Willen der Menschen nicht durch Zwang auslösen, sondern durch freie geistige Beeinflussung. Diesen Zielen ist er immer nachgegangen, die Mittel zu ihrer Erreichung hat er oft gewechselt. Wer in

einer Demokratie, wie der amerikanischen, erfolgreich Politik treiben will, der muß eine weitgehende Anpassungsfähigkeit in den Mitteln besitzen. Er muß, wenn er führen will, Rücksicht auf die Vorstellungen derer nehmen, die ihm folgen sollen; er muß die Sprache reden, die sie verstehen und die Schlagworte gebrauchen, die sie beeinflussen. Denn das Wort wird noch nicht dadurch zur Tat, daß es einem Programm zum Ausdruck dient, sondern erst wenn es Willensregungen auslöst, die dessen Verwirklichung verlangen. Präsident Wilson beherrscht das gesprochene Wort mit höchster Kunst. Er kann die Gedanken, die die amerikanische Demokratie erfüllen, in vollendeter Meisterschaft zum Ausdruck bringen; er kann die Empfindungen, die sie beleben, in leidenschaftliches Wollen umsetzen. Daß diese Beredsamkeit den mit angelsächsischem Wesen nicht völlig Vertrauten „ölig“ und unecht anmutet, beweist nur, daß die Auffassungsweise der Völker verschieden ist. Wer den Abscheu gesehen hat, den glänzende deutsche Deklamatoren bei einem gebildeten amerikanischen Publikum erregten, das sie durch Aufklärung gewinnen wollten, wird einsehen müssen, daß die Menschen nicht leicht den Geist begreifen, der aus einer anderen Weltanschauung spricht, selbst wo sie die Worte verstehen. Wenn einst

die Geschichte Wilsons Tätigkeit während des großen Krieges würdigen wird, so wird sie ihn kaum als den großen Heuchler darstellen, dem Worte des Friedens wie Honigseim von den Lippen träufeln, während er die sich zerfleischenden Völker Europas immer erneut zu größerer Machtentfaltung anspornt, damit Amerika sich bereichere, während Europa verblutet. Es ist ein Zeichen inabenhafter politischer Unreife, wenn man den Gegensatz zwischen Handeln und Bekennen nur aus bewußter Heuchelei zu erklären vermag. Politik ist leider nicht immer ein kühles Rechnen, bei dem eine klare Vernunft, ausgehend von genau bemessenen und richtig bewerteten Tatsachen nach den Regeln der formalen Logik unwiderlegliche Schlüsse zieht. Es ist ein tastendes Suchen nach dem richtigen Weg, bei dem die maßgebenden Leute häufig von eingebildeten, rein gefühlsmäßig gewonnenen, daher oft unrichtigen Tatsachen ausgehen und rein gefühlsmäßige Schlüsse ziehen. Sie sind sich oft nicht einmal bewußt, daß zwischen ihrem Handeln und ihrem Denken eine unüberbrückbare Kluft gähnt. Eine resillose Übereinstimmung zwischen Handeln und Denken findet sich nur bei den wenigen ganz großen Naturen, deren völlige innere Geschlossenheit sich dank glücklichen äußeren Umständen in der Außenwelt auswirken

kann. Wem Glück und Kraft nicht im gleichen Umfange gegeben sind, bei dem wird das Können oft hinter dem Erkennen und dem Wollen zurückbleiben, selbst wenn er das Durchschnittsmaß menschlicher Begabung weit überragt. Wer Wilsons Verhalten im Kriege auf Grund der tatsächlichen Vorgänge überprüft, der wird mancherlei Anhaltspunkte finden, um ihn in die letzte Gruppe einzureihen. Wilson hat in den ersten Tagen des Krieges eine Proklamation erlassen, die seinen Landsleuten nicht nur Neutralität, sondern Unparteilichkeit zur Pflicht machte; er ist nicht imstande gewesen, ihre leidenschaftlichste Parteinahme in Worten zu verhindern; er hat nicht gewagt, die Parteinahme durch die That (man denke nur an die Waffenlieferungen) zu unterdrücken. Er hat die Freiheit der Meere immer wieder als eines der höchsten Ziele der amerikanischen Politik hingestellt und hat trotzdem keinen Versuch gemacht, sie zu einer Zeit zu sichern, wo das leicht gewesen wäre. Er hat in den ersten Tagen des Krieges seine Friedensvermittlung angeboten und zwei und einhalb Jahre gewartet, ehe er den ersten zögernden Schritt unternommen hat, nachdem er alle gemeinsamen Handlungen der anderen Neutralen durch sein Fernbleiben vereitelt hatte. Er war ängstlich bemüht, Amerika

von dem fürchterlichen Völkermorden fernzuhalten und hat dabei mannigfache Demütigungen einstecken müssen. Er hat sich dann plötzlich, beinahe leichtfertig, in einem Augenblick in das Weltringen gestürzt, wo er wahrscheinlich einen Frieden hätte erzwingen können. Es fehlt also in seinem Verhalten nicht an inneren und äußeren Widersprüchen; man wird sie nicht aufklären können, wenn man eine Art Theaterböserwicht aus ihm macht. Sein Verhalten ist weit leichter zu verstehen, wenn man ihm zwar Klarheit in der Erkenntnis grundsätzlicher Ziele zubilligt, aber darüber nicht vergißt, daß ihm die tatsächlichen Einzelheiten der europäischen Politik völlig unbekannt waren. Als er ans Ruder kam, erschien ihm die äußere Politik so unwichtig, daß er den berufsmäßigen diplomatischen Dienst der Vereinigten Staaten, den seine republikanischen Vorgänger langsam aufgebaut hatten, leichtfertig zerschlug und die Botschafterposten als gute Beute an Parteigenossen vergab, die sich um die demokratische Partei verdient gemacht hatten. Der Mann, der einen Gerard nach Berlin schickte und ihn während einer Weltkrise dort beließ, hat sicher die Aufgaben der äußeren Politik nicht richtig eingeschätzt. Er hat daher auch lange Zeit gebraucht, ehe er es wagen konnte, sich ein Bild dieser Fragen zu machen.

Und die Zickzackbewegungen seines Kurses erklären sich verhältnismäßig einfach, wenn man bedenkt, daß dieser scheinbar gewalttätige Tyrann zwei Jahre nach Ablauf des Krieges sich einer Neuwahl unterziehen mußte, von deren Ausgang nicht nur die Befriedigung seines persönlichen Ehrgeizes und das Schicksal seiner Partei abhing, sondern wie er glaubte, auch die Gestaltung des Menschheitsstraums des kommenden Friedens, zu dessen Verwirklichung er sich berufen hielt. Daher lauschte er ängstlich („das Ohr am Boden haltend“) auf jede Regung der Volksstimme; deshalb zögerte und zauderte er, bald um den Gegnern, die unverföhnlich waren, keine Gelegenheit zum Angriff zu geben, bald um zweifelhafte Freunde nicht zu verlieren, bald um den Enthusiasmus zuverlässiger Anhänger nicht zu dämpfen. Und da sich die Weltlage kaleidoskopisch änderte und er stets die Empfindung hatte, erst entscheidend Stellung nehmen zu können, wenn das Volk, für das er zu sprechen hatte, die neue Wandlung so verstanden hätte, daß es seine Politik auch billigen würde, so hat er selten Schritt mit den Ereignissen halten können. Er hat mehr als einmal die goldene Stunde verpaßt, in der sein Eingreifen leicht war und segensreich hätte wirken können, während er auf die Stimme des Volkes war-

tete, die ihn bevollmächtigen sollte. Wilson erkannte klar, daß eine Teilnahme Amerikas am Kriege ohne gewaltige Kriegsrüstungen nicht zu erreichen sei. Er scheute die politischen, wirtschaftlichen und menschlichen Opfer einer solchen Rüstung. Er verdamnte die brutale Gewalt und wollte der Welt die Überlegenheit moralischer über militärische Mittel dartun. Das konnte nicht dadurch geschehen, daß er Amerikas kriegerische Machtmittel in die Wagschale warf. Er hoffte vielmehr, daß der Krieg ohne entscheidenden Sieg nach der einen oder anderen Seite zum Abschluß kommen werde. War das der Fall, so war mit ziemlicher Sicherheit anzunehmen, daß die kriegslustigen Elemente Europas auf lange Zeit Einfluß bei ihren eigenen Völkern verlieren würden. Denn ein derartiger Friede mußte allen Völkern zeigen, daß der Krieg „ein schlechtes Geschäft“ ist. Auf dieser Erkenntnis mußte sich dann ein Dauersriede begründen lassen, der Amerikas Sicherheit ohne erdrückende Rüstungen gewährleisten würde.

Allerlei Pläne waren bereits entworfen worden, die verhüten sollten, daß nach diesem Kriege jemals ein neuer Krieg entstehen würde. Es hatte sich eine einflussreiche Vereinigung unter der Führung des früheren Präsidenten Taft und des Präsidenten der

Harvard Universität, Lowell, gebildet, die die Errichtung eines Weltgerichtshofs forderten. Vor diesen Gerichtshof sollten alle Streitigkeiten gebracht werden. Ehe derselbe nicht den Versuch gemacht hatte, Konflikte friedlich beizulegen, sollte kein Krieg ausbrechen dürfen. Die Teilnehmer an diesem Gerichtshof sollten sich verpflichten, ihre gesamten militärischen und wirtschaftlichen Machtmittel gegen den Staat zu verwenden, der zu den Waffen griff, ehe er seine Sache dem internationalen Tribunal unterbreitet hatte. Es sollte so eine Sanktion für die Durchführung des neuen Internationalismus geschaffen werden. Die Urheber dieser Vorschläge beabsichtigten nicht, in irgendeiner Weise auf den kommenden Frieden einzuwirken. Sie wollten vielmehr ein System erfinden, das diesem, ohne ihr Zutun zustandekommenen Frieden Dauerhaftigkeit verleihen würde. Sie waren in ihrer Mehrzahl Anhänger der Alliierten; sie hegten im innersten Grund ihres Herzens wohl die Hoffnung, daß der Krieg mit deren Sieg enden werde. Dieser Friede werde dann durch die Garantie der ganzen Welt ein dauernder werden. Die Gefahr, daß er durch einen Revanchekrieg, den so oft angekündigten zweiten punischen Krieg, umgestoßen würde, konnte auf diese Weise ausgeschaltet werden.

Präsident Wilson ließ durch zahlreiche Äußerungen erkennen, daß auch er sich mit der Frage eines Dauerfriedens beschäftigte. Er gab jedoch zu verstehen, daß ihm der Gedanke, die internationale Ordnung durch militärische Gewalt zu sichern, unsympathisch war. Ein solcher Plan sah eine Weltallianz vor, durch deren Begründung Amerika aus seiner Isolierung herausgerissen werden würde. Es würde für die Folge von Konflikten, die ihm recht fern lagen, mit Waffengewalt einstehen müssen. Er erkannte überdies, daß ein auf die Erhaltung eines dauernden Friedens gerichtetes System nicht lebensfähig war, wenn der Friede, den es sichern sollte, nicht die Elemente der Dauer in sich trug. Es war seit langem sein Ehrgeiz, diesen Frieden herbeizuführen. Er hatte sich aber immer gescheut, einzugreifen. Er war sich klar darüber, daß der Friedensstifter unter Umständen von beiden Seiten als unberufener Eindringling betrachtet werden würde. Er ließ durch seinen Beauftragten, Colonel House, die einander feindlichen Regierungen sondieren, schob aber die Entscheidung immer wieder hinaus, denn es fehlte ihm anscheinend die klare Erkenntnis, daß der Eingriff eines Neutralen in einem solchen Ringen nur dann Erfolg haben konnte, wenn er sich die nötigen Druckmittel gesichert hatte und vor ihrer

Anwendung nicht zurückscheute. Diese Druckmittel standen ihm zur Verfügung. Durch Gewährung und durch Versagen von Anleihen, durch Erleichterung oder durch Erschwerung von Lieferungen aller Art hätte Amerika nach beiden Seiten seinen Einfluß wirken lassen können. Durch Wilsons Schwäche waren die Beziehungen mit Deutschland von den Alliierten beinahe zerstört worden. Er wußte aber mindestens seit Mai 1916, daß die deutschen Staatsmänner einen vernünftigen Frieden erstrebten. Er hatte daher nur nötig, die Alliierten gefügig zu machen, was durch Abweisung ihrer Übergriffe auf amerikanische Rechte leicht hätte geschehen können. Er brachte es immer nur zu Anläufen und zauderte und zögerte. Erst das deutsche Friedensangebot zwang ihn zum Handeln. Es beraubte ihn des Ruhmes, als erster einen Friedensvorschlag gemacht zu haben. Es verminderte auch die Aussicht auf den Erfolg seines Friedensprogrammes, das er erst zögernd am 20./21. Dezember und dann, nach Verwerfung des deutschen Vorschlags durch die Alliierten, in großen Zügen am 22. Januar entfaltete. Knapp zehn Tage hat das Wilsonsche Friedensprogramm in der Welt zur Diskussion gestanden. Dann folgte die Wiederaufnahme des uneingeschränkten Unterseebootskrieges, der Abbruch der diplomatischen

Beziehungen und zwei Monate darauf die amerikanische Kriegserklärung.

Man hat in dieser schnellen Wandlung der Dinge den Beweis dafür gesehen, daß Wilson heuchlerische Phrasen gebraucht habe, um Deutschland zu verhindern, das Unterseeboot, seine beste Waffe, zur Niederkämpfung Englands zur Anwendung zu bringen. Die ganze Friedensaktion sei eine Spiegel- fechterei gewesen. Wilson habe stets die Absicht gehabt, am Kriege teilzunehmen. Sonst sei es nicht zu begreifen, daß er, der eben noch den Frieden vertreten habe, plötzlich den Krieg erklärt habe. Dieser scheinbare Widerspruch ist indessen leicht aufzuklären: Wilson suchte den Frieden zu erzwingen, um nicht am Kriege teilnehmen zu müssen. Er hatte sich in der Frage des uneingeschränkten Unterseebootkrieges so festgelegt, daß die Wiederaufnahme desselben zum mindesten zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen führen mußte. Es war ihm wohl bekannt, daß die Ablehnung der Friedensvorschläge fast mit Sicherheit zur Wiederaufnahme des Unterseebootkrieges führen würde. Sein Bestreben mußte also dahin gehen, den Eintritt dieser Situation zu verhindern. Daher wollte er an eine endgültige Ablehnung seiner Friedenspläne nicht glauben. Die Rede

vor dem Senat vom 22. Januar, der ja, wie bekannt, ein Anerbieten der Friedensvermittlung folgte, ist der beste Beweis dafür.\*) Sein Bemühen scheiterte indessen, weil die Alliierten die Zwangslage erkannt hatten, in der er sich befand und kein Interesse daran hatten, sich Friedensbedingungen von einem neutralen Amerika aufzwingen zu lassen, wenn sie die Hoffnung hatten, durch Ablehnung derselben Amerikas Waffenbrüderschaft zu gewinnen. Die Kriegserklärung war nicht das Meisterstück eines Aktivisten, der den Widerstand der Friedenspartei durch machiavellistische Schachzüge mattsetzte, sondern die Niederlage eines Pazifisten, dessen Zögern und Zaudern eine Sachlage schuf, der er nicht mehr Herr werden konnte.

Dieser Umschwung ist dann durch zwei Ereignisse vollendet worden. Das eine war die Aufdeckung der mexikanischen Politik des Staatssekretärs Zimmermann, der Mexiko im Falle des Krieges mit den Vereinigten Staaten ein Bündnis angetragen und ihm dafür drei amerikanische Bundesstaaten versprochen

---

\*) Wenn Wilson wirklich den Glauben gehabt hätte, daß der uneingeschränkte Unterseebootkrieg England binnen kurzer Zeit auf die Knie zwingen würde, dann liegt erst recht kein Grund vor, die Ehrlichkeit seiner Friedensbestrebungen zu bezweifeln, denn dann war das Zustandekommen des Friedens die einzige Möglichkeit, England zu retten.

hatte. Dieses Anerbieten schien zu zeigen, daß Deutschland nicht gewillt war, die Prinzipien zu beachten, daß Völker nicht ohne ihren Willen verschont werden können. Es hatte denselben zwar ausdrücklich seine Zustimmung erteilt, es war aber trotzdem bereit, fast  $4\frac{1}{2}$  Millionen amerikanischer Bürger, darunter viele Tausende deutscher Abstammung, der mexikanischen Anarchie auszuliefern. Es schien außerdem zu beweisen, daß Deutschland ein doppeltes Spiel gespielt hatte, als es in der vertraulichsten Weise mit den Vereinigten Staaten über den Frieden verhandelte und dabei gleichzeitig sich auf einen Krieg gegen sie rüstete. Wie konnte man hoffen, daß eine Nation einen Friedensvertrag halten werde, wenn ihre Staatsmänner eine derartig doppelzüngige Politik treiben durften?

Das zweite Ereignis war die russische Revolution. Sie erfüllte nicht nur das amerikanische Volk mit lauter Begeisterung, weil jetzt endlich der Despotismus der alten Welt zusammengebrochen war. Sie brachte auch eine grundlegende Änderung der militärischen Lage. Es war leicht möglich, daß der Krieg nicht durch einen Frieden ohne Sieger beendet werden würde, und daß dann die Welt auch in Zukunft in einander bekämpfende Gruppen zerrissen sein würde. Das

Gespensst eines gewaltigen Mitteleuropa tauchte auf, das von Berlin bis Bagdad reichend den waffenmächtigsten Militärbund darstellen würde, den die Welt je gesehen hat. Dieser Militärbund, der auf Eroberungslust begründet schien, konnte eine Bedrohung Amerikas bringen. War es unter diesen Umständen nicht besser, der drohenden Gefahr entgegenzutreten, solange man das im Bunde mit anderen waffenmächtigen Alliierten tun konnte, statt zu warten, bis Deutschland Europa geknechtet hatte und sich dann über das Weltmeer nach neuer Betätigungsgelegenheit umtat? Das Meer gewährte keine Sicherheit mehr; das internationale System der Verträge war zerbrochen. Präsident Wilson hatte den Gedanken eines Dauerfriedens ohne gewaltige Rüstungen nicht aufgegeben. Einer solcher war aber unmöglich, wenn ein deutscher Sieg auf allen Fronten Deutschland einen solchen Machtzuwachs gewährte, daß es die Weltherrschaft erstreben konnte. Er nahm am Kriege teil, um das zu verhindern. Der Krieg war für ihn ein Präventivkrieg. Amerika hatte kein Interesse an einer deutschen Niederlage, da eine solche eine gefährliche Stärkung des alliierten Militarismus bedeutet hätte. Eine solche war aber nach der russischen Revolution nicht eben wahrscheinlich. Amerika sprang

ein, um das gestörte militärische Gleichgewicht wieder herzustellen und einen „gerechten“ Frieden zu erzwingen. Da es als kriegsführende Macht von der Friedenskonferenz nicht ausgeschlossen werden konnte und keine eigenen materiellen Interessen auf dem Spiele stehen hatte, so konnte Wilson hoffen, den Dauerfrieden, den er durch seine Vermittlung nicht hatte herbeiführen können, durch Teilnahme am Kriege zu erzwingen.

Mißglücke aber dieses Bestreben, dann gab ihm die Erklärung des Kriegszustandes die Gelegenheit, die unorganisierte Macht der amerikanischen Nation so zu organisieren, daß Amerika jeder Fährlichkeit der Zukunft ins Antlitz blicken konnte. Wenn es nicht imstande war, sich Sicherheit durch einen Abrüstungs-frieden zu verschaffen, so mußte es die Last eines bewaffneten Friedens auf sich nehmen. Wilson wechselte also die Mittel, ohne das Ziel aus den Augen zu verlieren.

Es ist allerdings in hohem Grade wahrscheinlich, daß die persönliche Verbitterung, die er über die Zimmermannschen „Intriguen“ empfand, ihm den klaren Blick vorübergehend trübte. Denn es hat nie eine Zeit gegeben, zu der Amerika als mächtigster Neutraler sein Gewicht so fühlbar hätte in die Wagschale

werfen können, wie in den Tagen vor der amerikanischen Kriegserklärung. Die Wirkungen des Unterseebootkrieges, der drohende Ausfall Rußlands und die immer stärker anschwellende Last der Kriegsausgaben hatten die Lage der Alliierten sehr ernst gestaltet. Die Aussicht, Amerika unter den Gegnern zu sehen, der Druck der Ernährungsverhältnisse, die Erkenntnis, daß der Unterseebootkrieg keine schnelle Lösung bringen werde, das alles zusammen färbte Deutschlands Lage damals sehr düster. Es war die günstigste Gelegenheit, die ein großer Staatsmann ersehnen konnte, um beide Teile zu einem Frieden zu veranlassen. Wilson verpaßte sie. Er gab statt dessen seiner Erbitterung in beredten Worten Ausdruck. Er hatte sich in der Hoffnung befunden, es werde ihm vergönnt sein, der Welt den heißersehnten Frieden zu schenken. Er sah im Geiste diesen Frieden als seine eigenste Schöpfung an. Die deutsche Antwort, die Amerika von den Friedensverhandlungen ausschließen wollte, hatte ihn schon etwas verschmupft. Jetzt sah er in Deutschlands Vorgehen nur noch den Versuch einer „Friedensintrigue“, durch die ihm der Lorbeer des Friedensstifters entrisßen und durch die er obendrein lächerlich gemacht werden sollte. Er klagte die „Autokratie“ Deutschlands verbrecherischen

Spieles an. Er schmeichelte der amerikanischen Menge, indem er ausführte, die Demokratie sei unfähig, solche Intriguen zu begehen. Er setzte einen gewaltigen Apparat in Bewegung, um die finanziellen, die militärischen und die wirtschaftlichen Rüstungen der Vereinigten Staaten in Stand zu setzen. Aber im Innersten seines Herzens war er Pazifist geblieben. Er fühlte trotz aller schwungvollen Reden den inneren Widerspruch, der darin lag, daß ein Staatsmann, der die physische Gewalt aus dem Leben der Völker hatte ausschalten wollen, nun doch kein anderes Mittel zur Erreichung seiner Ziele sah, als ihre Anwendung. Dabei hoffte er wohl, daß die Entscheidung fallen werde, ehe noch ein amerikanisches Millionenheer an der Front erscheinen werde. Amerikas Organisation, sein Schiffbau, seine Lebensmittel und seine Geldquellen sollten die Aufgaben der Alliierten erleichtern; seine Unterstützung sollte vor allem die wankende russische Front wieder aufrichten. Er rechnete überdies mit einem beginnenden wirtschaftlichen, finanziellen und vor allem politischen Zusammenbruch Deutschlands. Mit der Naivität des fanatischen Demokraten dachte er wohl, daß die russische Revolution, deren sozialistischer Charakter in Amerika nicht verstanden wurde, auf Deutschland übergreifen werde.

Er suchte das Feuer zu schüren, indem er immer und immer wieder betonte, daß er nicht der Feind des deutschen Volkes sei und nur seine treulose Regierung bekämpfe.

Allmählich begann er aber die Dinge nüchtern zu sehen. Der russische Zusammenbruch war militärisch unaufhaltsam geworden. Ob ein Friede kam oder nicht, der gewaltigen Beißzange, die die alliierte Staatskunst geschmiedet hatte, war die eine Schneide verloren gegangen. Wenn eine Niederkämpfung Deutschlands erreicht werden sollte, so war das nur durch Amerikas tätige Mitwirkung denkbar. Die Frage stand nun so: Sollte Amerika gewaltige Opfer an Gut und Blut bringen, um Zwecke zu erfüllen, an denen es nur mittelbar interessiert war? Amerika wollte einen Abrüstungsfrieden. Es hatte kein Interesse daran, daß die englischen Imperialisten sich in Mesopotamien festsetzten oder die Japaner China monopolisierten. Es war gegen Deutschland in den Krieg eingetreten, um einen Präventivkrieg gegen die deutsche Gefahr zu führen. Wenn sich diese Gefahr in anderer Weise bannen ließ, so war Amerika gerne zum Frieden bereit. Wenn Deutschland sich demokratisierte, so schien nach der naiven amerikanischen Auffassung die Gefahr für den künftigen Völker-

frieden beseitigt; Amerika ist heute noch immer so dilettantisch, daß es Demokratie und Frieden für gleichbedeutend hält. Wie ein beschränkter Typus des Preußentums sich vor dem Kriege einbildete, daß Ordnung und preußische Zucht gleichbedeutend seien, so etwa denkt Amerika von seinen Einrichtungen. „Ein dauerndes Zusammenarbeiten für den Frieden“, meinte Wilson, „kann nur durch die Gemeinschaft demokratischer Völker aufrecht erhalten werden. Keiner autokratischen Regierung kann man vertrauen, daß sie innerhalb derselben Treue wahrt oder ihre Abmachungen hält.“\*)

Eine Demokratisierung Deutschlands hätte dabei nicht nur Amerika die vermeintliche Sicherheit gebracht, sondern auch dem amerikanischen Missionseifer als großer Erfolg gegolten. Wenn Wilson darauf hinweisen konnte, daß er ohne Schwertstreich, nur durch amerikanische Kriegsvorbereitungen, Deutschland demokratisiert habe, so durfte er der Anerkennung gewiß sein, auch wenn er seinen Mitbürgern sonst nichts weiter aus diesem Kriege zurückbrachte. Daher hat Wilson immer und immer wieder diese

---

\*) Damit ist allerdings auch deutlich das Mißtrauen gegen den japanischen Alliierten ausgesprochen, den man kaum als demokratischen Staat bezeichnen kann.

Demokratisierung Deutschlands betont. Er hat dadurch die tiefgewurzelte Bewegung nach Verfassungsreform, die eines äußeren Ansporns nicht bedurfte, aufs ärgste gefährdet. Während dieser Fanatiker die Sache der Demokratie in Deutschland zu vertreten glaubte, ist er ihren Vorkämpfern in den Rücken gefallen. Bei dem Bilde, das man sich von ihm in Deutschland gemacht hatte, war jede Sache, für die er eintrat, von vornherein verdächtig. Die Feinde der Demokratie hatten es nicht schwer, überall zu verbreiten, daß er mit der Demokratisierung Deutschlands nur dessen Schwächung erstrebe. Der Historiker der Zukunft wird einmal zu betonen haben, daß der beste Beweis für die Stärke der volkstümlichen demokratischen Bewegung in Deutschland in der Tatsache liegt, daß sie im Weltkriege begonnen wurde, obwohl Deutschlands unversöhnlichste Feinde sie durch Zustimmung leicht in Verruf hätten bringen können. Dabei zeigt sich auch hier wieder Wilsons charakteristische Neigung zum Zögern. Selbst als Staatssekretär Zimmermann abgegangen war und der Sturz Bethmann-Hollwegs alle Persönlichkeiten beseitigt hatte, die irgendwie für das vermeintliche Doppelspiel verantwortlich hätten gemacht werden können, hat Wilson überflüssige Ausfälle gegen die deutsche Re-

gierung nicht unterlassen können. Er hat mehr als vier Monate gebraucht, ehe er die Bedeutung der Friedensresolution des Reichstages zu erfassen schien. Hätte er die Worte, die er im Januar 1918 sprach, bereits im Juli 1917 geäußert, so wären die Grundlagen dieser Verständigung wohl zu schaffen gewesen. Er hat in selbstgerechter Erbitterung gewartet und sich nicht zu handeln getraut.

Man darf daher sehr wohl bezweifeln, ob Wilson die Rolle des großen Staatsmannes wirklich liegt, der die Welt von diesem Kriege erlösen soll, man kann aber zugeben, daß er seine eigentlichen Friedensziele unentwegt festgehalten hat. Stoßweise einlenkend hat er die Prinzipien, die er am 23. Januar 1917 zum ersten Male aussprach, ausgebaut, und am 8. Januar und dann am 11. Februar 1918 von neuem vorgetragen. Er hat sie noch in der Rede vom 7. April wiederholt, in der er, nach Art des Zauderers, die Folgen seiner Untätigkeit der deutschen Politik zur Last legt.

---

---

## Wilson's Ziele.

**D**er Weltkrieg hat Amerika nach der Auffassung seiner Staatsmänner aus der natürliehen Isolierung gerissen, in der es sich dank seiner geographischen Lage befand. „Wir sind nicht länger Provinzler. Die tragischen Ereignisse der letzten 30 Monate voll von schicksalschwangeren Wirren, die wir eben durchlebt haben, haben uns zu Bürgern der Welt gemacht“, sagte Wilson am 5. März 1917. Amerikas Stellung als Staat und Republik kann dabei nur auf zwei Weisen gesichert werden. Es muß sich entweder Rüstungen zulegen, die es nach allen Seiten gegen alle möglichen Feinde zu Wasser und zu Land schützen. Daß das bei einem Lande mit Amerikas Hilfskräften möglich ist, bedarf nicht der Ausführung. Eine solche Sicherung würde einmal gewaltige Aufwendungen an Menschen und Material nötig machen. Sie würde zum andern die auswärtige Politik Amerikas ungünstig

beeinflussen, insofern sie leicht zu einer Politik aggressiver Sicherung führen würde; man denke nur an die Roosevelt'sche Erwerbung von Panama. Und sie würde unter Umständen die Grundlagen der Demokratie erschüttern, wenn sich aus dem Militarismus ein Cäsarismus entwickeln würde. Amerika hat jedoch keine Landgrenzen, die bedroht sind. Es hat keine militärischen Klassen, die ganz bestimmte Vorstellungen von der einzig möglichen Art der Sicherheit hatten. Es kann daher wählen, ob es geographisch-natürliche Sicherungen erstrebt, wie sie den rein militärisch denkenden Kreisen aller Länder als Ideal vorschweben, oder ob es die Sicherheit auf dem Wege des politischen Schutzes vorzieht. Da es trotz der Verkürzung der Seewege durch die moderne Entwicklung immer noch den Vorzug verhältnismäßiger Isolierung genießt, so bedarf es nicht der politischen Einschließung von Pufferstaaten. Und weil es abgelegene Gebiete von entscheidender Bedeutung nicht beherrscht, hat es an einer künstlichen Politik des Gleichgewichts der Mächte kein Interesse, vorausgesetzt, daß die vorhandenen Mächte, seien sie groß, oder seien sie klein, ihre Hilfskräfte nicht militärisch organisieren.

Das ist nur möglich, wenn keine Nation sich von der anderen bedroht sieht, und wenn kein Staat ein

Interesse daran hat, seine Nachbarn anzugreifen. Zur Herbeiführung dieses Zustandes muß der Frieden gewisse Ergebnisse zeitigen.

Er darf nicht mit dem überwältigenden Siege einer großen Militärgruppe enden, sonst würde sich in weiten Teilen der Welt die Vorstellung erhalten, daß der Krieg ein gutes Geschäft sei. Nur wenn alle Beteiligten erkannt haben, daß die gebrachten Opfer nicht im Verhältnis zu den erreichten Zielen stehen, würde die Verdrängung kriegerischer Machtmittel durch moralisch-rechtliche möglich sein. Ein überwältigender Sieg ist überdies nicht denkbar ohne überwältigende Niederlage. Eine solche Niederlage ist ein unüberwindliches Hindernis für einen dauernden Frieden. Nicht nur die überwältigte Nation, die ganze Welt wird in dauernder Angst vor dem Sieger leben. Durch Bündnisse und Intriguen wird man die Machtverhältnisse umgestalten wollen, und Angst und Haß zusammenwerden schließlich einen Revanchekrieg auslösen.

Neben dieser rein militärischen Gefahr gibt es noch zwei weitere Problemreihen, deren mangelhafte Lösung einen dauernden Frieden unmöglich machen würde: die Nationalitätenfrage und die Frage des wirtschaftlichen Wettbewerbs.

Man hat oft gefragt, welches Interesse die Ver-

einigten Staaten auf einmal an Tschechen, Polen, Rumänen, Italienern und Slowenen, Letten oder Esten nehmen können? Amerika neigt seiner ganzen Gedankenbildung nach zur Verneinung des rassenmäßigen Nationalitätenprinzips. Es hat seinen Stolz darein gesetzt, Einwanderer, die aus den verschiedensten Teilen der Welt kamen, in verhältnismäßig kurzer Zeit scheinbar ziemlich restlos zu assimilieren. Es war der „Schmelztiegel“, in dem in der Blut des gemeinsamen amerikanischen Patriotismus die entgegengesetztesten Nationalitäten unter geringer Schlackenbildung verschmolzen. Wenn es sich jetzt auf einmal für Rassenfragen interessiert, so liegt das einmal daran, daß man im Kriege erkannt hat, wie unvollkommen doch eben dieser Verschmelzungsprozeß in Amerika gewesen ist. In dem Augenblick, wo die europäischen Stammvölker sich bekriegten, durchbrach bei Tausenden und Abertausenden amerikanischer Einwanderer das scheinbar schlummernde europäische Rassegefühl das neu erworbene amerikanische Staatsgefühl. Die amerikanische Einheit schien vor allem durch die deutsche Propaganda gefährdet. Die antideutsche Stimmung, die der Krieg vielfach ausgelöst hat, ist nun von der polnischen und der tschechischen Irredenta in Chicago geschickt aus-

genutzt worden. Sie stellten der amerikanischen öffentlichen Meinung das Elend der unterdrückten Völkerschaften in beredten Worten solange vor, bis diese sich ihrer annahm, wie man sich in Deutschland in der Zeit des politischen Idealismus für Polen und Griechen begeisterte, und wie man sich heute für Irland interessiert, ohne die leiseste Kenntnis von den Verhältnissen. Es besteht allerdings ein Unterschied: die deutsche Betrachtung unterdrückter Völkerschaften ist im wesentlichen historisch-philologisch gerichtet. Es handelt sich für sie meist um den Nachweis, daß eine bestimmte Bevölkerungsgruppe ein Recht auf Zusammenleben mit ihren Sprachgenossen habe, wie die Sprache erweise, oder die Geschichte dartue. Den Amerikaner interessiert das nicht; für ihn sind die Nationalitäten Gruppen, die gegen ihren Willen regiert werden. Er verwirft ihre Bedrückung vom demokratischen Standpunkt aus. Der Hinweis z. B., daß 88% der Elsässer Deutsche seien, überzeugt ihn nicht. Was er wissen will, ist, ob die elsässische Bevölkerung ohne Rücksicht auf ihre ethnographische Zusammensetzung bei Deutschland bleiben will oder nicht. Mißtraute er nicht der deutschen Politik überhaupt, so wäre der Beschluß des auf demokratischer Basis erwählten Landtags

für ihn weit überzeugender, als die glänzendste historisch-philologische Untersuchung. Das gilt noch in stärkerem Maße für ost-europäische Nationalitäten, denen Amerika nicht das gleiche sentimentale Interesse entgegenbringt, wie den ehemaligen französischen Untertanen. Frankreich ist nun einmal für die Vereinigten Staaten der Gegenstand abgöttischer Schwärmererei. Ob Letten oder Esten bei Rußland bleiben oder zu Deutschland kommen, ist dem Amerikaner an und für sich sachlich einerlei. Die Lösung dieser Frage interessiert ihn nur soweit, als er aus ihr ersehen kann, ob Deutschland unter Selbstbestimmungsrecht der Völker das Recht der Mehrheiten oder die Vorrechte einer privilegierten Minderheit versteht.

Das sentimentale Interesse an Nationalitätenfragen reicht aus, um reiche Sammlungen zu veranstalten und um Sympathiebezeugungen zu veranlassen. Man ist aber viel zu weit entfernt, als daß man ihretwegen Opfer an amerikanischem Gut und Blut bringen möchte. Wilsons Stellungnahme zur Nationalitätenfrage muß daher anders begründet werden: der von ihm gewünschte Dauerverfriede soll auf Gerechtigkeit beruhen und durch einen Völkerbund garantiert werden. Käme ein Völkerbund zustande, ohne daß die berechtigten Ansprüche der Nationalitäten be-

friedigt wären, so müßte der Völkerbund entweder sein Gewicht in die Waagschale werfen und mit demselben nationale Erhebungen ersticken helfen, oder er müßte abseits stehen und zusehen, wie sich aus diesen Nationalitätenbestrebungen Unruhen, Kriege, ja Welterschütterungen entwickeln. Er müßte zwischen Ungerechtigkeit oder Unwirksamkeit wählen. Eine Friedensordnung, wie sie Wilson vorsieht, ist daher nur denkbar, wenn nationale Fragen möglichst so gelöst werden, daß sie nicht den Keim künftiger Schwierigkeiten in sich bergen. „Die Welt kann nur Frieden haben, wenn ihr Leben im Gleichgewicht ruht; ein solches Gleichgewicht ist unmöglich, wenn der Wille rebelliert, wenn die Geister nicht ruhig sind und das Gefühl von Gerechtigkeit, Freiheit und Recht nicht herrscht“. Die Lösung der Nationalitätenfragen muß nicht in politischer Unabhängigkeit bestehen. Kulturelle Autonomie ist in vielen Fällen ausreichend.

Wenn die Quellen der Streitigkeiten verstopft sind, die aus der Nationalitätenfrage fließen, so bedarf es noch einer Regelung der wirtschaftlichen Reibungsflächen der Welt. Hier handelt es sich einmal um die Regelung kolonialer Streitfragen. Auch an diesen Fragen ist Amerika nur in beschränktem Maße interessiert. Sein eigentlicher Kolonialbesitz ist im wesent-

lichen insular. Soweit es koloniale Reibungsflächen hat, berühren dieselben fast ausschließlich die Alliierten; ganz mittelbar mag der deutsche Kolonialbesitz in der Südsee amerikanische Interessen streifen. Der eigentliche Gegner daselbst, wie in Kiautschou, ist Japan. Die Vereinigten Staaten haben jedenfalls kein Interesse daran, diesen Gegner gestärkt zu sehen. Wenn Deutschland in dem kolonialen Ringen siegreich gewesen wäre und etwa die westindischen Kolonien Englands und Frankreichs in die Hand bekommen hätte, so lägen die Dinge anders. Unter den heutigen Umständen ist eine Gefährdung amerikanischer Interessen durch den bestehenden europäischen Kolonialbesitz nur seitens der Alliierten denkbar. Der Kolonialbesitz, der bei den Friedensverhandlungen in Frage kommt, ist im wesentlichen afrikanisch. Afrika ist das einzige Gebiet, in dem eine großzügige Kolonisation noch Aussicht auf Erfolg hat; es ist der einzige Teil der Welt, in dem der Erschließungspolitik noch große Möglichkeiten offen stehen. Das Deutsche Reich hat, im Gegensatz zu seinen Gegnern, selbst an dieser „letzten Chance“ nur verhältnismäßig geringen Anteil gehabt; es hat diesen Anteil während des Krieges verloren. Wilson hat nun erkannt, daß dauernde Zufriedenheit nicht er-

reichbar ist, wenn alle anderen Völker Anteil an den letzten großen Erschließungsmöglichkeiten der Welt haben, während Deutschland davon ausgeschlossen werden soll. Schon in der Antwort an den Papst hat Wilson betont, daß ein guter Friede nur zustande kommen kann, „wenn alle Völker zu billigen Bedingungen an den wirtschaftlichen Erwerbsmöglichkeiten der Welt teilnehmen, selbstverständlich unter Einschluß des deutschen Volkes, wenn es mit Gleichberechtigung (equality) zufrieden ist und nicht die Vorherrschaft erstrebt“. Damit sind die Pläne nicht vereinbar, die jetzt sehr geschickt von England aus zur Erörterung gestellt werden. Der eine Plan verlangt die Internationalisierung des tropischen Kolonialbesitzes; der andere fordert eine Abstimmung der Eingeborenen, bei der ihnen die Wahl der Nation freistehen soll, unter deren Herrschaft sie kommen wollen. Beide Pläne sind weder gerecht noch zweckmäßig. Die internationale Verwaltung vor dem Kriege hat nirgends zu einem wirklichen Erfolge geführt. Die Vertreter der verschiedenen Nationen haben häufig ihre Aufgabe darin erblickt, die Arbeit ihrer Wettbewerber zu erschweren, auch wenn diese im Interesse der verwalteten Bevölkerungen lag. Man darf kaum hoffen, daß derartige Neigungen nach einem Kriege,

der die Völker stärker gegen einander aufgehetzt hat, als je ein Krieg, völlig verschwinden werden. Gerade wenn man eine internationale Verständigung erstrebt, sollte man ihre Verwirklichung nicht an den ungünstigsten Punkten beginnen, zumal die Folgen des Krieges in Afrika in der Erschwerung jeder Verwaltung sichtbar sein werden. Das Prestige des weißen Mannes ist überall erschüttert. Die unruhigen Elemente unter den Eingeborenen, deren Zermürbung man durch eine zwanzigjährige Friedenspolitik versucht hat, sind wieder in die Höhe gekommen. Ein Selbstbestimmungsrecht ist von einer Bevölkerung gar nicht auszuüben, deren soziale Ordnung nicht auf der individuellen Persönlichkeit beruht, sondern in Gruppen festgelegt ist, die durch Autorität zusammengehalten werden. Man wird auf Seiten der Alliierten kaum bereit sein, das Selbstbestimmungsrecht der Eingeborenen in Nordafrika, oder in Indien anzuerkennen, wo die Vorbedingungen des Erfolges infolge der höheren sozialen Entwicklung der in Frage kommenden Völker sehr viel günstiger liegen; es geht nicht an, es gerade in solchen Gebieten anzuwenden, die eine zurückgebliebene Eingeborenenbevölkerung aufweisen. Für die Selbstbestimmung ist der afrikanische Neger heute noch nicht reif. Ist eine solche

doch auch seinem amerikanischen Bruder nur auf dem Papier gestattet.

Von diesen Vorstellungen hält sich das amerikanische Friedensprogramm völlig frei. Es erhebt die Forderung nach „vorurteilsloser und absolut gerechter Ordnung kolonialer Ansprüche“. Dabei soll nicht nur die Frage der Rechtmäßigkeit des Besitzes geprüft werden, sondern auch eine Berücksichtigung der Interessen der in Frage kommenden Bevölkerungen stattfinden. Es ist selbstverständlich, daß eine vernünftige Kolonialpolitik dies erstrebt. Trotz aller Fehler, die die deutsche Kolonialpolitik gelegentlich gemacht hat, ist gerade sie von diesem Gesichtspunkt geleitet worden. Das ist erst dieser Tage von General Smuts anerkannt worden, der der deutschen Regierung vorwarf, sie habe die Siedlungspolitik in Ostafrika durch weiße Siedler zu erschweren gesucht. Das ist in der Tat in gewissem Sinne der Fall gewesen, weil die deutsche Regierung auf Grund der im britischen Südafrika gewonnenen Erfahrungen erkannt hatte, daß eine solche Besiedlungspolitik zu schweren Konflikten zwischen Weißen und Eingeborenen führen müsse; sie endet bestenfalls mit der Schaffung einer weißen Herrenklasse, die die Eingeborenen ausbeutet. Gerade weil die Regierung dies zu ver-

hindern trachtete, ist sie in Deutschland viel befehdet worden. Die Erfahrung hat ihr recht gegeben. Selbst wenn an einzelnen Punkten des deutschen Kolonialreiches Fehler gemacht worden sind, so wird man gerade im Hinblick auf ostafrikanische Erfahrungen der deutschen Regierung mit weit besserem Gewissen Eingeborene zur Regierung überantworten können, als etwa Frankreich, Portugal oder Belgien.

Die Neuordnung des kolonialen Besitzes soll unter Bedingungen vor sich gehen, die eine monopolistische Ausbeutung seitens des Mutterlandes ausschließen. „Die Hindernisse, die dem internationalen Handel entgegenstehen, sollen soweit als möglich beseitigt werden.“ Es ist kaum anzunehmen, daß damit eine Aufgabe des Schutzollsystems in allen Ländern erstrebt wird. Obwohl Präsident Wilson grundsätzlich Freihändler ist, dürfte er die Aufstellung eines derart ehrgeizigen Programmes kaum beabsichtigen. Vielmehr wird es sich im wesentlichen um die folgenden beiden Punkte handeln:

Es soll einmal der Versuch, ein Vorzugszollsystem zwischen verschiedenen Ländern aufzubauen, unmöglich gemacht werden; es sollen also gerade die Ziele fallen, die die Pariser Konferenz gegen den deutschen Außenhandel erstrebte. In jedem Lande sollen vielmehr alle

Völker zu den gleichen Bedingungen kaufen und verkaufen können. „Wir halten die Bildung selbständiger und ausschließlicher Wirtschaftsbündnisse für unzweckmäßig und letzten Endes für schlimmer als nutzlos, und nicht geeignet zur Grundlage eines Friedens, am allerwenigsten eines Dauerfriedens.“ Das bedeutet eine Ablehnung des Handelskrieges in jeder Form. Diese Ausführung richtet sich auch gegen ein auf Vorzugszöllen aufgebautes Mitteleuropa. Solange aber die Vorzugsbehandlung zwischen Kolonien mit Selbstregierung und den Mutterländern zulässig bleibt, ist eine grundsätzliche Bekämpfung der mitteleuropäischen Pläne widersinnig.

Dagegen liegt eine glatte Abweisung aller Bestrebungen vor, die unter der Flagge des wirtschaftlichen Zusammenschlusses die Schaffung aggressiv-monopolistischer Wirtschaftsgruppen erstreben. Das ist besonders wichtig im Hinblick auf die großen Gebiete, die unter dem politischen Einfluß europäischer Mächte stehen, Kolonien, Protektorate, wirtschaftliche Einflusssphären. In diesen Ländern sollen den herrschenden Völkern keinerlei wirtschaftliche Vorrechte zustehen dürfen. Wenn diese Forderung durchgreifenden Erfolg haben soll, muß sie nicht nur auf Ein- und Ausfuhr, sondern auch bei Lieferungen und Konzessionen zur Anwen-

dung kommen. Diese „Gleichheit der Bedingungen“ des Handels ist die logische Fortbildung des Prinzips der offenen Tür, das seit 1899 von den Vereinigten Staaten und von Deutschland ausgearbeitet worden ist. Es entspricht durchaus den amerikanischen Interessen, da Amerika nur ein kleines Kolonialreich besitzt und nicht beabsichtigt, neue Gebiete seiner politischen Herrschaft zu unterstellen. Es ist aber auch für Deutschland von der größten Bedeutung, da es die weiten Gebiete der Gegner, Mutterländer sowohl, wie Kolonien dem deutschen Handel nach dem Kriege ohne Benachteiligung öffnen würde. Seine Durchführung beruht natürlich auf Gegenseitigkeit. Aber da Deutschlands Gegner den weitaus größten Teil der Welt besitzen und zwar gerade denjenigen, der die größten Erschließungsmöglichkeiten aufweist, so bedeutet die Auflage eines derartigen internationalen Servituts für alle Länder eine Möglichkeit der Betätigung des deutschen Kaufmanns, die kein auf Europa beschränktes wirtschaftliches Programm auch nur annähernd zu bieten vermag. Auch bei seiner Durchführung wird es dem deutschen Kaufmann nicht leicht werden, bei der herrschenden Knappheit an Waren die nötigen Vorräte zu erhalten und sich bei der gegen Deutschland herrschenden Stimmung die

fremden Märkte zu sichern. Man wird in den Friedensverträgen nicht nur die Rechtsgleichheit festlegen müssen, sondern auch wenigstens für die Übergangszeit bestimmen müssen, daß alle Länder einen prozentual bestimmten Anteil an der Versorgung haben sollen, und daß ihnen unter Umständen die zur Ausnützung nötigen Kredite gesichert werden. Man wird auch auf die Errichtung eines internationalen Gerichtshofes hinarbeiten müssen, um gegen Schikanen und Übergriffe der Verwaltungen gesichert zu sein und für jeden Verstoß gegen das Prinzip der Gleichberechtigung entsprechende Entschädigungen festsetzen müssen. Trotz aller Sicherungen wird der deutsche Kaufmann auch dann keine leichte Arbeit haben. Doch wenn man den Handel nicht zu sehr bureaukratisiert und organisiert und ihn nicht in den Verdacht bringt, er sei nur der Agent der Regierung, wird der deutsche Kaufmann sich schon durchsetzen. Und wenn die Erfolge in den ersten Jahren auch dürftige sein sollten, so leben die Völker nicht nur heute und morgen. Es ist wichtig, daß in künftigen Jahrhunderten das deutsche Volk unter gleichen Bedingungen mit seinen Wettbewerbern Anteilnahme an den Erschließungsmöglichkeiten der Welt nehmen kann. Der kommende Friede wird die letzte Möglichkeit sein,

das durchzusetzen. Das amerikanische Friedensprogramm vertritt in dieser Richtung die Interessen aller Staaten mit wenig Außenbesitz, zu denen sowohl die Zentralmächte als auch die europäischen Neutralen gehören. Es ist in dieser Hinsicht gegen die Monopolstellung der übrigen Alliierten gerichtet. Es ist eine folgerichtige Verneinung jeder Art von politischem und wirtschaftlichem Imperialismus.

Die grundsätzliche Freiheit des internationalen Handels genügt jedoch nach den Erfahrungen der letzten Jahre nicht, um eine auf internationaler Arbeitsteilung beruhende friedliche Entwicklung der Völker zu sichern. Einmal gibt es Länder, die durch ihre natürliche Lage von den internationalen Verkehrswegen abgeschnitten werden können, — sei es, daß sie überhaupt nicht ans Meer grenzen, — sei es, daß die Zugänge zum Meer von ihren Nachbarn verschlossen werden können. Es besteht bei ihnen ein Drang nach dem Meere, der leicht das politische Gleichgewicht der Welt stören könnte. Dazu kommt ein anderes: ein Land, das im Frieden von überseeischer Zufuhr abhängig ist, kann im Kriege ausgehungert werden, wenn die Schiffahrtswege nicht frei sind. Ein solches Land braucht nicht einmal zu den kriegführenden zu zählen. Es kann als Neutraler durch Unterbindung der

Zufuhr ebenso geschädigt werden. Auch kann die Ausfuhr eines neutralen Landes durch eine Seesperre seitens der Kriegführenden völlig zum Stillstand kommen. Aus diesen Befürchtungen folgt ein Streben der Länder, sich bereits in Friedenszeiten von fremder Zufuhr unabhängig zu machen. Das bedeutet nicht nur ein Wiederaufleben der Schutzzollpolitik, die ihrerseits zu sehr scharfen wirtschaftlichen Reibungen führen muß, es bedeutet für Kontinentalmächte ein Streben nach Landerweiterung, da sie nur durch Angliederung weiter Gebiete vor Auszehrung und Verkümmern geschützt werden können. Diese Angst vor Abschnürung ist der wesentlichste Beweggrund, der das annexionsistische Programm in Deutschland auch ruhig Denkenden empfohlen hat. Insularstaaten, die diesen Weg nicht gehen können, müssen daher danach trachten, durch gewaltige, alle möglichen Rivalen überragende Seerüstungen, die Sicherheit ihrer Zufuhrwege zu schützen. Wie aus den Fragen der politischen Bedrohung ein Wettüben zu Lande, so entsteht aus der wirtschaftlichen Bedrohung ein Wettüben zur See.

Solche Konflikte können nur vermieden werden, wenn die von der See abgelegenen Staaten einen allezeit gesicherten Ausgang zum Meere haben — durch Interna-

tionalisierung der Engen, oder durch eine Art gesichertes Wegerecht durch Nachbarländer. Vor allem aber ist es nötig, die Freiheit der Meere ein für allemal zu sichern.

Alle überseeische Entwicklung ist nur denkbar, wenn in Kriegszeiten wie in Friedenszeiten die See frei ist. Die Freiheit der Meere ist dem auch der Kardinalpunkt des amerikanischen Programms, das in Übereinstimmung mit alten amerikanischen Traditionen „die volle Freiheit der Schifffahrt außerhalb der territorialen Wasser im Frieden sowohl, als im Kriege“ verläßt. „Die Freiheit der Meere ist das sine qua non des Friedens, der Gleichberechtigung und der Zusammenarbeit.“ Man hat oft gefragt, was Amerika darunter eigentlich verstehe und wie es die Freiheit der Meere im Kriege schützen wolle. Die Antwort ist durch die amerikanische Geschichte gegeben. Amerika versteht darunter die völlige Freiheit des privaten Eigentums auf der See im Kriege sowohl wie im Frieden. Das Raperrecht soll aufgehoben und das Blockaderecht eingeschränkt werden. Amerika hat diese Politik bis zum Ausbruch des jetzigen Krieges verfolgt. Es hat aber nach einigen fruchtlosen Versuchen nichts getan, um diese Freiheit durchzusetzen, obwohl es als der mächtigste Neutrale dazu sehr wohl imstande gewesen wäre. Daraus hat

man dann gefolgert, Amerikas klägliches Versagen sei der beste Beweis für die Unmöglichkeit, die Freiheit der Meere im Kriege zu schützen.

So einfach liegen indes die Dinge nicht. Amerika hat keine Schritte getan, um die Freiheit der Meere zu erzwingen, weil es keine Maßnahmen ergriffen hatte, um die Verletzung der belgischen Neutralität zu verhindern. Immer und immer wieder ist von Amerikanern betont worden, daß man unmöglich wegen der Verletzung einiger Handelsinteressen politische Schritte tun dürfe, nachdem man solche unterlassen habe, als die Neutralität Belgiens auf dem Spiele gestanden sei. So unvernünftig diese Erklärung klingt, so ernst ist sie gemeint. Sie beweist aber auch, daß nicht der Mangel an zweckmäßigen Mitteln Amerika davon abgehalten hat, für die Freiheit der Meere einzutreten. Die Erfahrungen während des Krieges haben weit eher gezeigt, daß die übliche Auffassung, die Freiheit der Meere sei durch Flottenmachtmittel zu schützen, nicht haltbar ist. Die deutsche Schlachtflotte und der deutsche Unterseebootkrieg haben für Deutschland die Freiheit der Meere nicht erzwungen; die gewaltigen Flottenmachtmittel der Alliierten, deren Überlegenheit durch den Eintritt Japans und der Vereinigten Staaten ins schier Uner-

meßliche gesteigert worden ist, haben auch England die Freiheit der Meere nicht zu sichern vermocht. Werden Flottenstützpunkte und neue technische Erfindungen das in Zukunft vermögen? Das Ergebnis scheint heute zu sein, daß man durch Seegeltung die Freiheit der Meere vernichten, nicht aber sie schützen kann.

Ohne die Freiheit der Meere ist eines der gefährlichsten Momente künftiger Verwickelungen nicht beseitigt; ein dauernder Friede ist undenkbar. „Der freie, dauernde, ungefährdete Verkehr zwischen den Völkern ist ein wesentlicher Teil des Vorgangs des Friedens und der Entwicklung.“

Ein dauernder Friede soll nach der Wilsonschen Auffassung einmal dadurch gesichert werden, daß die Reibungsflächen zwischen den Völkern durch eine entsprechende Lösung der einschlägigen Fragen beim Friedensschluß beseitigt werden. Das allein genügt aber nicht. Sobald dies geschehen ist, soll eine Abrüstung zu Wasser und zu Lande erfolgen. Wenn so die Mittel zur gewaltsamen Durchführung staatlicher Zwecke nicht länger bereit stehen, wird die Neigung zu militärischen Lösungen recht gering sein. Meinungsverschiedenheiten werden zwar immer vorhanden sein; man wird sie zum Austrag

bringen, wie das heute bei Rechtsstreitigkeiten der Fall ist.

Ein derartiges System ist aber nur gesichert, wenn die Grundlage, auf der es steht, der internationale Vertrag, heilig ist. Solange die Auffassung besteht, internationale Verträge könnten einseitig aufgehoben werden, solange hängt der Völkerbund in der Luft. Die Lösung der belgischen Frage ist daher für die Neuordnung der Welt von bestimmender Bedeutung. Wenn Deutschland nicht durch Wiedergutmachung der begangenen Vertragsverletzung zeige, daß es die Absicht habe, zur Vertragstreue zurückzukehren, sei auf seine Teilnahme an einem Völkerbunde nicht zu rechnen. Es hat nach der naiven amerikanischen Auffassung den Vertragsbruch in die Welt gebracht; es muß ihn wieder ungeschehen machen, wenn es der Völkerliga beitreten will. Solange es als Sicherheit gegen einen englischen Aufmarsch in Belgien noch besondere territoriale Abmachungen suche, solange zeige es selbst, daß es an den Bestand einer besseren Ordnung nicht glaube. Und solange derjenige Staat, der als erster das internationale Recht gebrochen habe und immer wieder den Nachweis zu führen suche, daß er dazu ein Recht gehabt habe, einer reinlichen Lösung der belgischen Frage wider-

strebe, solange sei der Glaube an die Heiligkeit der Verträge nicht wieder hergestellt. In den Forderungen Wilsons nach Buße Deutschlands steckt nicht nur ein Stück schulmeisterlicher Fanatismus. Er will Deutschland zwingen, seine eigenen, recht engen Moral-auffassungen anzunehmen, „daß das Verhältnis von Staaten zueinander das gleiche ist, wie das Verhältnis der einzelnen Bürger zueinander“. Es steckt aber auch das gleiche Gefühl darin, das weite Kreise in Deutschland beseelt und mit Mißtrauen gegen internationale Abmachungen erfüllt: Wie kann man sich gegen Vertragsbruch schützen?

Das soll einmal dadurch ermöglicht werden, daß der Friedensvertrag ein gemeinsames, von allen unterschriebenes Dokument darstellt, nicht aber aus einer Reihe einzelner mosaikartig, zusammengesetzter Friedensverträge besteht; es soll überdies durch einen Völkerbund garantiert werden, dem alle Völker, große und kleine, als gleichberechtigte Mitglieder beitreten werden.

Dieser Bund der Völker soll einmal die Gründung von Sonderbündnissen unmöglich machen und verhindern, daß die Welt in sich befehdennde Machtgruppen zerfällt. „Ich schlage vor, daß alle Völker in Zukunft verstrickende Allianzen vermeiden.“ Der Völkerbund richtet sich also sowohl gegen die Schaffung

eines Bundes der Zentralmächte, der von Berlin bis Bagdad reicht, als auch gegen den Plan einer anglo-amerikanischen Allianz. Es soll ein Bund sein, der großen und kleinen Nationen in gleicher Weise politische und territoriale Unabhängigkeit gewährt. Diesem Bund sollen alle Staaten ohne Rücksicht auf Größe und Bevölkerung beitreten können. Die Unterschiede der Verfassung sollten nicht von Belang sein, denn das ursprüngliche Programm des Völkerbundes vom 22. Januar 1917 forderte das zaristische Rußland ebenso zum Beitritt auf wie die westlichen Demokratien und die Zentralmächte. Erst der Ausbruch der russischen Revolution und die Verärgerung über die Zimmermannsche Mexikopolitik hat Wilson zeitweilig von dieser einzig möglichen Grundlage abgedrängt. In seiner Erbitterung hierüber führte er aus, ein solcher Bund sei nur als Vereinigung der demokratischen Nationen denkbar, da autokratische Regierungen die gemachten Abmachungen nicht einhielten. Eine Demokratisierung Deutschlands sei daher nötig, um Deutschland den Beitritt zu diesem Bund zu sichern und Bürgerschaft für die Innehaltung von Verträgen zu gewinnen.

Diese vorübergehende Verärgerung entspricht durchaus dem naiven amerikanischen Selbstbewußtsein, das

sich kein menschenwürdiges Völkerdasein ohne die Formen der amerikanischen Verfassung vorstellen kann. Über ein Jahrhundert lang ist der Amerikaner zum Haß gegen die Monarchie erzogen worden. Demokratie, Republik und gute Regierung sind ihm gleichlautende Begriffe gewesen. Er erwartet als wahrscheinliches Ergebnis des Weltkrieges das Ende aller Monarchien; den Beweis hierfür hat ihm seiner Meinung nach die russische Revolution geliefert. Er vermag nicht einzusehen, daß das Selbstbestimmungsrecht der Völker nicht darin bestehen kann, daß sie kritiklos die amerikanische Verfassung abschreiben, sondern nur darin, daß sie sich politische Lebensformen schaffen, die ihren eigenen Bedürfnissen entsprechen. Aus persönlicher Verärgerung ist Wilson zeitweilig auf den Tiefstand des amerikanischen Straßenpolitikers gesunken; er hat erst allmählich den Standpunkt eines Staatsmannes wiedergewonnen, daß jedes Volk das Recht haben muß, sein politisches Leben nach eigenem Gutdünken zu gestalten. Er hat aber schließlich doch eingesehen, daß nicht leicht ein Friede mit Osterreich-Ungarn und der Türkei zustande kommen wird, wenn nur demokratisch regierte Völker Vertrauen genießen; ganz abgesehen von dem Umstand, daß der japanische Bundesgenosse

kaum als demokratischer Staat betrachtet werden kann. So hat denn Wilson eingelenkt und ausdrücklich erklärt, daß Amerika „sich nicht anmaße, bei Deutschland eine Umänderung oder Abänderung seiner Einrichtungen anzuregen“. Eine Politik der Einmischung in innere Angelegenheiten fremder Völker stehe „völlig im Widerspruch zu den Grundsätzen, zu denen wir uns in unserem Leben bekennen und die wir während unseres ganzen Daseins als Nation als die heiligsten betrachten.“

Damit hat sich Wilson wieder zeitweilig von dem Gedanken einer demokratischen Weltpropaganda losgesagt, obwohl dieser zweifelsohne bei der Masse seiner Mitbürger sehr volkstümlich ist. Er hat durch ihn der Idee des Völkerbundes mehr als durch alles andere geschadet, denn ein Völkerbund, der von seinen Mitgliedern verlangt, daß sie ihre historisch-politische Eigenart aufgeben und sich nach dem Ebenbild eines einzigen, dazu noch recht unfertigen Staates modeln sollen, ist für Nationen, die sich selbst achten, unmöglich. Ein Teil der gegen ihn gerichteten Strömungen in England ist sicher auf den Versuch zurückzuführen, eine Normalisierung der politischen Welt nach amerikanischem Muster zu bewirken.

Die große Aufgabe des Völkerbundes soll darin

bestehen, den Zustand, den der Friede bringt, gegen alle Erschütterungen zu garantieren. Das ist natürlich nicht denkbar, wenn die Friedensbedingungen nicht den Grundsätzen der Gerechtigkeit entsprechen. Es kann sehr wohl ein Friede zustande kommen, der diesen Erfordernissen nicht genügt. Das wird dann kein Friede von innerer Dauer sein. Er wird nur eine zeitweilige Abmachung zwischen den Kriegführenden darstellen, die diese durch Machtverschiebungen umzustößen trachten werden. Die unbetheiligten Neutralen, vor allem die Völker der Neuen Welt werden ihren Einfluß für die Aufrechterhaltung eines solchen Friedens nicht einsetzen können. Kommt aber ein gerechter Friede zustande, der „dem politischen Glauben und den politischen Überzeugungen entspricht, die die Völker Amerikas ein für allemal angenommen und deren Verteidigung sie übernommen haben“, dann werden die Neutralen diesen Frieden gerne garantieren. Sie haben in ihrer Mehrheit kein Interesse an einer bestimmten Lösung bestimmter Fragen; sie haben nur das Interesse, daß die einmal angenommene Lösung nicht wieder in Frage gestellt wird. Wenn daher ein Teil der Nächstbetheiligten den Versuch machen sollte, eine derartige Lösung umzustößen, so werden sie nicht nur dem anderen Teil gegenüber

stehen, sondern das Gewicht der Neutralen gegen sich haben. Wenn z. B. eine polnische Irredenta großpolnische Agitation treiben sollte und die Vergrößerung eines durch internationale Verträge garantierten wirtschaftlich, politisch und territorial unabhängigen polnischen Staates erstrebte, so könnte sie vielleicht bei einer Gruppe der Nachbarn Polens Unterstützung finden. Diese Unterstützung würde bedeutungslos sein, denn die anderen Anlieger des polnischen Staates, die den Grundsatz des international anerkannten „status quo“ vertreten, hätten einen Rückhalt an der Mehrheit der Mitglieder des Völkerbundes, die die einmal anerkannte Ordnung nicht umstoßen lassen wollen. Die Störenfriede würden sehr bald sehen, „daß die Macht, die zur Aufrechterhaltung der Neuordnung geschaffen ist, soviel größer ist als die Macht irgend einer beteiligten Nation oder irgend eines bis jetzt geschlossenen und geplanten Bundes, so daß keine Nation und keine wahrscheinlichen Vereinigungen von Nationen ihr ins Antlitz sehen oder ihr entgegentreten könnten.“

Die Mehrheit der unbeteiligten Nationen soll also, wenn nötig, die Minderheit der Störenfriede in Schach halten. Sie wird das tun können, wenn diese etwaigen Störenfriede Mitglieder des Bundes sind;

sie wird aber auch dazu imstande sein, wenn einzelne Staaten oder einzelne Gruppen dem Völkerbund nicht beitreten, sei es, daß sie ihm nicht beitreten wollen, weil sie sich in ihrer Isolierung sicherer fühlen, sei es, daß sie nicht zugelassen werden, weil ihr Verhalten den übrigen Staaten Mißtrauen einflößt. In beiden Fällen wäre das Ergebnis, daß verhältnismäßig kleine Völkergruppen — klein, selbst wenn sie den halben Erdteil umfassen — einem Weltbund gegenüberstehen.

Der Weltbund wird drei Arten von Machtmittel zur Verfügung haben. Moralische, militärische, wirtschaftliche. Die Wirkung des ersteren ist beschränkt. Man hat ursprünglich seine Sanktion darin gesucht, daß alle Mitglieder des Bundes gegen ein treuloses Mitglied oder einen Störenfried mit Waffengewalt vorgehen sollten.

Diese Vorstellung hat Wilson nicht weiter ausgeführt. Er hat die Schwierigkeiten einer internationalen Polizei klar erkannt und statt dessen einen anderen Gedanken entwickelt. Die Erfahrung hat gezeigt, daß die Grundlagen des modernen Krieges wirtschaftlich-technische sind. Es gibt nun kein Land und keinen Länderkomplex, deren natürliche Hilfsmittel alle Bedürfnisse befriedigen können. Sie werden zum min-

desten in Zukunft von der überseeischen Zufuhr abhängig sein. Der Staat, der sich nun gegen den Willen des Bundes auflehnt, oder gegen das internationale Recht vergeht, soll dann der Strafe völliger wirtschaftlicher Boykottierung anheimfallen. Selbst wenn er alle Meere beherrschte und nirgends von einer feindlichen Flotte behindert wäre, so wäre damit seine Zufuhr doch nicht gesichert. Ob ein Land liefern will oder nicht, hängt von dem Willen seiner Regierung und seiner Bevölkerung und dann erst von der Beherrschung der See ab. Wenn daher die Bundesmitglieder zusammenstehen, so bedeutet die Möglichkeit der Verhinderung von Lieferungen ein Machtmittel, gegen das selbst die stärksten Flotten wirkungslos sind. Wilson will also an Stelle der militärischen Macht die wirtschaftliche Macht setzen. Die Sanktion seines Völkerbundes soll weniger in militärischen und maritimen Sicherungen bestehen, da er ja weitgehende Abrüstung vorsieht, als in wirtschaftlichen Zwangsmitteln. Er geht von der Voraussetzung aus, daß die Staaten in Zukunft wirtschaftlich immer mehr voneinander abhängig werden. Die im Völkerbunde zusammengeschlossenen Völker sollen sich verpflichten, denjenigen Staat, der das bestehende internationale System umstürzen will und sich nicht

an die vorgesehenen Rechtsregeln hält, den wirtschaftlichen Verkehr mit der gesamten Außenwelt zu unterbinden, indem sie ihm die Zufuhrwege sperren. Das ist der Sinn der Einschränkung, „daß das Meer ganz oder teilweise durch internationale Maßnahmen zur Erzwingung internationaler Verpflichtungen geschlossen werden kann“. Der freie Weltverkehr und das Arbeiten der Völkergemeinschaft wären so nicht nur durch bloße Rechtsregeln sanktioniert, sondern auch durch gewaltige Machtmittel. Die Wirkungen eines solchen Vorgehens müßten in einer Zeit, wo die internationale Verflechtung weit dichter sein wird als heute, sehr groß sein. Man vergegenwärtige sich doch einmal Deutschlands Lage, wenn die alliierte Blockade von Anfang an so wirksam gewesen wäre, daß nichts durch neutrale Gebiete und nichts aus neutralen Beständen hätte herauskommen können! Deutschland hat die Macht der Blockade am eigenen Leib gespürt; England verspürt sie heute an dem seinen. Während aber die Blockade der Gegenwart mit gewaltigen kriegerischen Machtmitteln erzwungen werden muß, soll sie in Zukunft nach der Wilsonschen Vorstellung durch bloße Warensperre am Erzeugungsort in Gang gesetzt werden können.

Ein derartiges System wird zwar nicht, wie ameri-

kanische Idealisten sich einbilden, Recht an Stelle von Macht setzen. Es wird aber an die Stelle der militärischen Kampfmittel ökonomische setzen. Wilson hat diese Gedanken schon während des Lusitaniakonfliktes erwogen. Er hat sie damals nicht verwirklichen können, weil die englische Blockade Deutschland schon vom amerikanischen Verkehr abgeschnitten hatte. Er hat sie nach Abbruch der diplomatischen Beziehungen durch Zusammenarbeiten mit allen Neutralen zu erreichen gesucht. Er ist auch damals enttäuscht worden und hat dann allmählich durch immer stärker werdenden Druck auf die neutralen Nachbarn Deutschlands seine Pläne durchzusetzen gesucht —, für diesen Krieg, trotz Mißachtung aller neutralen Rechte, wohl vergeblich. Es ist aber jedenfalls klar, daß ein derartiger wirtschaftlicher Weltboykott in Zukunft sehr ins Gewicht fallen wird und eine wirkungsvolle Sanktion für die Aufrechterhaltung des internationalen Rechtes darstellt. Er muß besonders wirksam gegen Völker sein, die auf überseeische Zufuhr angewiesen sind, und die sich diese Zufuhr bis jetzt durch Seebeherrschung zu sichern suchten. Er stellt daher eine Sanktion des Prinzips der freien See dar, da die Neutralen jede Durchbrechung dieses Prinzips mit Abschneidung der Zufuhr beantworten würden. Diese

Sanktion läßt sich nur von Staaten ausschalten, die schon im Frieden auf fremde Zufuhr verzichten. Ein geschlossener Handelsstaat würde allerdings von der internationalen wirtschaftlichen Kontrolle unabhängig sein. Er müßte aber als Preis dafür sein Wirtschaftsleben schon in Friedenszeiten gegenüber demjenigen seiner Wettbewerber verkümmern lassen und dadurch auch die Grundlage aller staatlichen Macht, die Bevölkerungszunahme, schmälern.

---

---

## Idealismus und Realpolitik.

Man hat das Wilsonsche Friedensprogramm auf der einen Seite als geschickte Finte eines gerissenen Staatsmannes bezeichnet, der durch schöne Phrasen törichte Gimpel einfangen wolle; man hat es anderseits als akademische Spielerei eines weltfremden Idealisten belächelt, der in der Studierstube aufgewachsen, sich in der Welt der Tatsachen nicht zurechtfinden könne. Die Amerikaner seien ein praktisches Volk, das nichts dagegen habe, wenn seine leitenden Staatsmänner idealistische Systeme in die Luft zeichneten. Das werde sie nicht hindern, rein praktischen Zielen nachzustreben. Sie hätten nicht die mindeste Absicht, für die Durchführung eines derartigen, von reiner Menschlichkeit triefenden Programmes irgendwelche Opfer zu bringen; sie erwarteten entweder ganz bestimmte Vorteile territorialer Natur, oder in klingender Münze, oder sie berauschten sich an Phra-

sen, von deren Verwirklichung sie bei den ersten Schwierigkeiten abstehen würden.

Es ist ohne weiteres zuzugestehen, daß das Wilsonsche Programm ein geschlossenes System von Ideen enthält; man ist daher vollkommen berechtigt, Wilson einen Idealisten zu nennen. Ob damit ein Lob oder ein Tadel verbunden sein muß, ist eine andere Sache. Man kann sehr wohl zeitlebens für ein festgefügtcs System von Ideen eintreten, ohne dadurch zu einer holdseligen Baldurgestalt zu werden. Man sollte doch die Geschichte der Menschheit nicht völlig vergessen und der Tatsache eingedenk sein, daß es gerade die Verfechter großer Ideensysteme gewesen sind, die in Religionskriegen und in Revolutionen das größte Elend über die Menschheit gebracht haben. Und man sollte nicht außer acht lassen, daß im Leben der Völker auch Ideen eine maßgebende Rolle gespielt haben. Gerade die tüchtigsten Völker haben für Ideen die größten Opfer an Gut und Blut gebracht. Es ist eine bedauerliche Erscheinung der letzten fünfzig Jahre, daß das Volk der Dichter und Denker in Folge vermeintlicher Erziehung zur Realpolitik mehr und mehr verlernt hat, den Einfluß von Ideen auf die Politik richtig einzuschätzen. Man

hat es unter dem Drucke gewaltiger wirtschaftlicher Interessen nach und nach daran gewöhnt, einen gedankenlosen Opportunismus für nüchterne Zielfestsetzung und zweckmäßige für Anwendung von Mitteln zu halten. Das hat sich im Kriege bitter gerächt. Wenn die Gegner politische Gedanken entwickeln, so hat man sich im besten Falle damit begnügt, das Irrige dieser Gedanken nachzuweisen. Man hat in den meisten Fällen nicht begreifen können, daß Leute, die an unrichtige Gedanken glauben, in ihrem Denken selbst ehrlich sein könnten. Man hat augenscheinlich vergessen, daß im Laufe der Geschichte Hunderttausende von Menschen für nachweislich falsche Gedanken freudig in den Tod gegangen sind. Und man hat überdies übersehen, daß zwischen einem derartig geschlossenen Gedankensystem und praktischen Forderungen durchaus kein unauflöslicher innerer Gegensatz zu klaffen braucht; es liegt oft nur die Spannung vor, die bei allen menschlichen Dingen zwischen Gedankenaufbau und Ausführung besteht.

Für den denkenden Durchschnittsamerikaner bedeutet das Wilsonsche Friedensprogramm nicht nur den gedanklichen Aufbau einer Weltordnung, die seinen Empfindungen entspricht, sondern auch die Schaffung einer seinen praktischen Bedürfnissen angepassten politischen Weltlage.

Die Durchführung des Wilsonschen Friedensprogrammes würde Amerika das geben, was es erstrebt: völlige militärische Sicherheit zu Wasser und zu Lande und, bei völliger wirtschaftlicher Sicherheit, wirtschaftliche Betätigungsmöglichkeiten in allen Ländern bei völlig freiem Wettbewerb.

Amerikas staatliche Sicherheit kann so erreicht werden, ohne daß Amerika dauernd große Opfer für Rüstungen bringen muß, die nach amerikanischer Auffassung die amerikanische Demokratie politisch-sozial gefährden und wirtschaftlich belasten.

Amerikas Teilnahme an der Weltwirtschaft unter völlig gleichen Bedingungen mit anderen Völkern kann ohne territoriale Ausdehnung verbürgt werden.

Soweit die militärische Sicherheit in Frage kommt, teilt ganz Amerika den Wilsonschen Standpunkt; in der wirtschaftlichen Frage ist er nur der Sprecher des größten Teiles seiner Landsleute. Solange Amerika nicht bewußt auf die Bahn des Strebens nach Welt-herrschaft getrieben wird, werden die Wilsonschen Kriegsziele die Kriegsziele der Mehrheit bleiben. So schnell aber ein gewaltiges Despotenreich, wie Rußland, durch kriegerische Niederlagen und organisatorische Mängel in einen Haufen machtloser von Hunger und Zwietracht zerrissener Volksstaaten zerfallen ist, deren

Bewohner von fanatischem Pazifismus ergriffen sind, ebenso möglich ist es bei langer Kriegsdauer, daß militärische Opfer, Kriegsorganisation und militärische Erfolge eine Politik erzeugen werden, die zwar noch immer pazifistische Schlagworte im Munde führen wird, die aber die Beherrschung anderer Völker mit militärischer Gewalt und militärischen Machtmitteln erstrebt.

Ansätze zu einer solchen Politik hat es in den Vereinigten Staaten immer gegeben. Selbst wenn man die Ausbreitung der Vereinigten Staaten bis zum Stillen Ozean nicht als gewaltsame Herrschaftserweiterung über fremde Gebiete und fremde Völkerschaften betrachten will, so sind doch seit dem spanisch-amerikanischen Kriege imperialistische Gedanken und imperialistische Handlungen immer wieder anzutreffen. Die Angliederung Portoricos und der Philippinen beweisen das ebenso wie die Rooseveltsche Ausweitung der Monroe-Doktrin, die die Vereinigten Staaten gerne zum Bürgen der Erfüllung der finanziellen Pflichten der mittel- und südamerikanischen Staaten gemacht hätte und damit zur Vormacht in deren Gebieten. Und nicht minder klar geht das aus der von Taft vertretenen Dollardiplomatie hervor, einer Nachahmung europäisch-imperialistischer Finanzmethoden, nach der die diplomatischen Vertreter der

Vereinigten Staaten durch diplomatischen Druck ihren Bankiers die Übernahme von Anleihen, und ihren Industriellen die Erteilung von Aufträgen verschaffen sollten, die ihnen nicht zuteil geworden wären, wenn die in Frage stehenden Geschäfte ohne politische Beeinflussung nach rein kaufmännischen Gesichtspunkten behandelt worden wären. Die Vertreter dieser imperialistischen Auffassung sind vor allem in den Reihen der republikanischen Partei zu suchen. Es gehören zu ihr gewisse Finanzgruppen, einzelne industrielle Gruppen (Schwerindustrie) Schiffahrtsinteressen und ganz bestimmte Handelskreise. Sie stellten auch in der republikanischen Partei zahlenmäßig (trotz großen Einflusses) nur eine Minderheit dar. Das Volk als Ganzes ist an Außenfragen wirtschaftlicher und politischer Art vor dem Kriege nicht interessiert gewesen. Die wirtschaftliche Enge, die sonst nach außen verweist, — der deutsche Kaufmann verdankt dieser wirtschaftlichen Enge der Heimat vor 1870 die Weltstellung, die er bis zum großen Kriege eingenommen hat — ist in Amerika nirgends fühlbar gewesen. Ein Land, dessen Boden noch immer nicht völlig besiedelt ist, das zu neuer Entwicklung sich bewußt auf die Einfuhr fremder Kapitalien und die Einwanderung fremder Arbeitskräfte eingestellt hat, brauchte als Ganzes der Außen-

welt wenig Aufmerksamkeit zu schenken. Welcher Grund lag vor, gewaltsame Mittel anzuwenden, um einigen Amerikanern Erwerbögelegenheit im Ausland zu verschaffen, wenn das Inland nach Menschen schrie? Warum fremden Völkern amerikanische Kapitalien aufzwingen und das amerikanische Publikum durch verwickelte Umrechnung zur Anlage seiner Ersparnisse in fremden Währungen zu verleiten, wenn man in den Städten und auf den Farmen von Kansas oder Montana gute Hypotheken mit 8% Verzinsung erwerben konnte? Amerika ist gut genug für den Amerikaner. Der Europäer muß sich verpflanzen und sich wegen der Dürftigkeit des europäischen Lebens als Kaufmann fremden Bedürfnissen anpassen. Der Amerikaner, einschließlich des in Europa geborenen, empfindet eine solche Zufriedenheit mit den Chancen, die ihm die Vorsehung in den Schoß geworfen hat, daß es ihn nicht verlockt, aus seinem Kreise, der ihn die Welt dünkt, in eine größere Welt hinauszutreten, — abgesehen von der nicht unbeträchtlichen Zahl von Abenteurern, die sich neben den oben genannten Gruppen für auswärtige Erschließung interessieren. Diese Vorstellung beseelt vor allem die demokratische Partei, die seit 1912 mit der ersten Wahl Wilsons, nach zwölfjähriger Wartezeit, wieder ans Ruder gekommen ist. Sie hat

ganz bewußt die Grundsätze der imperialistischen Politik über Bord geworfen, die sich während der zwölfjährigen republikanischen Herrschaft entwickelt hatten. Sie hat die Vorzugsbehandlung aufgehoben, durch die die Republikaner, entgegen dem Sinn und dem Wortlaut der Abmachung mit England, Amerika die Schifffahrt durch den Panamakanal gesichert hatten; sie hat die Dollardiplomatie aufgegeben und ganz bewußt den amerikanischen Banken die Regierungsstützung gelegentlich der geplanten Übernahme chinesischer Anleihen entzogen; sie hat sogar an eine Räumung der Philippinen gedacht und die Gelegenheit zur Festsetzung in Mexiko, trotz starken Druckes der Interessenten und weitgehender Provokation durch die mexikanische Anarchie immer ungenutzt verstreichen lassen.

Sie hat dabei die Förderung des amerikanischen Außenhandels mit allen wirtschaftlichen Mitteln zu erleichtern gesucht, indem sie etwa rechtliche Schranken, unter deren Wirkung derselbe im Wettbewerb mit anderen Völkern litt, zu beseitigen suchte, z. B. das Verbot eines Zusammenschlusses der Industrie in Außenhandelsyndikaten. Sie hat den Krieg benutzt, um den amerikanischen Handel, vor allem mit Südamerika und mit Ostasien zu entwickeln. Eine derartige äußere Handelspolitik ist aber nicht als Imperialismus

zu bezeichnen. Der Warenaustausch zwischen verschiedenen Völkern, der durch gegenseitige Bedürfnisse hervorgerufen ist, ist gänzlich verschieden von einem Handelsverkehr, der auf Grund von Herrschaftsverhältnissen zustande kommt, wobei „der Handel der Flagge folgen muß, gleichgültig, ob diese Flagge von denen, zu denen sie gebracht wurde, gewünscht wird oder nicht“. Der internationale Verkehr, der nach den Grundsätzen der freihändlerischen Handelspolitik geregelt wird, ist gerade das Gegenteil der Herrschaftspolitik, die auf Landerwerb und politischer Beherrschung beruht und bei einer monopolistischen Schutzzollpolitik auch den bloßen Warenaustausch durch „Machtgedanken“ beeinflusst. Die Handelspolitik der demokratischen Partei ist vor dem Kriege freihändlerisch gewesen; die Grundgedanken des Präsidenten Wilson sind auch heute noch freihändlerisch.

Man darf aber nicht blind dafür sein, daß der bald vierjährige Krieg Amerikas Verhältnisse zur Außenwelt stark beeinflusst hat. Es ist gewissermaßen durch unwiderstehlich wirkende zentripetale Kräfte von der Peripherie des politischen Weltkreises in dessen Mittelpunkt gerückt worden. Seine wirtschaftliche Stellung unter den Völkern ist von Grund aus verändert. Es hat sich nicht nur sein eigener Reichtum vermehrt,

sondern es hat sich auch derjenige seiner europäischen Mitbewerber vermindert. Es ist aus einem Schuldnerland ein Gläubigerland geworden. Es ist, wenigstens für die Dauer des Krieges, das Finanzzentrum der Erde geworden; es steht im Begriff, das Verfrachtungsgeschäft der Welt zu übernehmen, während es früher seine eigenen Waren in fremden Schiffen versandte. Seine militärischen Hilfsmittel werden mehr und mehr entwickelt und von den Alliierten immer stärker in Rechnung gestellt. Sie schmeicheln dem Amerikaner wie arme Verwandte es gegenüber dem reichen Erbonkel tun; nur ist in diesem Falle der Erbonkel ein junger Mann, während die liebenswürdigen Verwandten vielleicht schon die Mittagshöhe des Lebens überschritten haben. Die Neutralen müssen mit den Alliierten wetteifern. Amerika liefert den europäischen Neutralen, wenn auch nicht in genügender Menge und unter harten Bedingungen, Lebensmittel und Rohstoffe. Es versorgt das lateinische Amerika mit Fabrikaten und Krediten. Selbst Japan ist bei seiner wirtschaftlichen Aufwärtsbewegung von den Vereinigten Staaten abhängig.

Wie wird diese ganze Entwicklung Amerikas Vorstellungen von sich selbst und von der Welt beeinflussen? Die naive ruhmredige Überhebung, die fast allen

Amerikafahrern aufgefallen ist, war bis vor kurzem mit einer gewissen Ängstlichkeit gepaart. Man führte großspurige Reden, weil man sich der vorhandenen Machtmittel bewußt war; man wurde in Krisen schnell kleinmütig, weil diese Macht noch nicht entwickelt war. Das hat sich nun im letzten Jahre gründlich geändert und damit bereitet sich ein Umschwung in der Stellungnahme zur übrigen Welt vor. Es ist selbstverständlich, daß die monopolstüchtigen Unternehmerkreise Amerikas überall den Versuch machen werden, ihr Übergewicht zur rücksichtslosen Ausbeutung fremder Völker zu verwenden. Imperialistische Gedankengänge sind aber nicht bloß auf wirtschaftlichen Nützlichkeitsbetrachtungen und brutalen Vergewaltigungsinстинkten aufgebaut. Sie enthalten in vielen Fällen ein rein ideologisches Element. Ist es nicht die Pflicht eines fortgeschrittenen Staates, seine Einrichtungen, denen er nach der Auffassung seiner Bürger seine Erfolge verdankt, anderen zu übermitteln? Dem Amerikaner liegt eine solche Auffassung besonders nahe. Die Vorstellung der Gleichheit aller Menschen, die das amerikanische politische Denken beherrscht, geht von der Gleichartigkeit aller Menschen aus. Nach dieser Auffassung können Einrichtungen, die sich in Amerika bewährt haben, ohne weiteres auf andere Völker übertragen werden.

Und soweit diese Völker noch im Dunkel oder im Halbdunkel politischer Rückständigkeit dahinleben, bedürfen sie des Lichts, das Amerika ihnen bringen kann. Nun ist der Amerikaner der geborene Missionar. Die Vorstellung, daß er zu den auserwählten Völkern gehört, sitzt tief in seinem Blut. Es bedarf nicht starker Anreizung, um den Fanatismus des demokratischen Kulturbringers bei ihm auszulösen. Im Gegensatz zu den europäischen Vorstellungen des Auserwähltheits, die ein aristokratisches Erhobensein über andere kennen und damit zur kastenmäßigen Abschließung der also Bevorzugten führen, ist die amerikanische Auffassung demokratisch und drängt zur Mittheilung an andere. Diese Triebe sind vielfach so stark, daß sie das Zweckmäßige vollkommen übersehen: hat es doch bittere Erfahrungen bedurft, ehe man begriffen hat, daß man z. B. den Philippinern, „den kleinen braunen Brüdern“, durch Übermittlung der amerikanischen Einrichtungen keinen Dienst leistete.

Solche Vorstellungen sind dabei der Natur der Sache nach häufig mit recht praktischen, auf wirtschaftliche Beziehungen abzielenden Bestrebungen verknüpft gewesen. Sie haben das amerikanische Volk nicht vor unmoralischen Handlungen bewahrt; im Gegenteil, geschickte Drahtzieher haben diesen Idealismus immer

wieder zu selbstfüchtigen Zwecken auszunutzen gewußt. Die Mehrheit der Bewohner der Südstaaten, die im Bürgerkrieg ihr Leben einsetzte, hatte gar kein persönliches Interesse an der Sklaverei, die sie verteidigte. Sie bildete sich ein, für das Selbstbestimmungsrecht der Völker zu kämpfen, während sie doch nur die engen Interessen einer überlebten Pflanzearistokratie schützte. Gerade weil das in der Vergangenheit so war, besteht eine gewisse Gefahr, daß es in Zukunft nicht anders sein wird. Man muß mit der Möglichkeit rechnen, daß die Weltmachtstellung Amerikas nicht das ungewollte, vorübergehende Ergebnis des großen Krieges sein wird, sondern von bestimmten Gruppen als Ziel amerikanischer Politik festgehalten werden wird, und daß der Widerstand der breiten Volksmassen hiergegen durch Berufung auf den amerikanischen Idealismus gebrochen werden wird. Das amerikanische Volk ist von einem frohen Optimismus erfüllt. Alle seine Bestandteile sind aus den mehr oder minder gedrückten Verhältnissen der alten Welt, vor politischer oder religiöser Verfolgung fliehend oder von wirtschaftlicher Dürftigkeit getrieben, in dieses weite gelobte Land gekommen, in dem für jeden, der arbeiten kann, Milch und Honig fließt. Sie sehen in ihrem Kommen und in ihrer Ausbreitung über den

weiten Kontinent den Finger Gottes. Ihr Seelenleben ruht wohl in seinen tiefsten Wurzeln auf den Grundlagen der kalvinistischen Vorausbestimmung. Der Erfolg zeigt ihnen ganz deutlich, daß sie zu den Auserwählten gehören. So hat sich ganz naiv bei ihnen der Glaube festgesetzt, daß die Ergebnisse ihres vergangenen Handelns dem Willen der Vorsehung entsprachen, und daß die Ziele, denen ihr heutiges Tun zustrebt, von Gott gewollt sind. Aus jedem Motiv, das sie zum Handeln treibt, scheint ihnen die Stimme der Vorsehung herauszuklingen. Ein fatalistischer Zwang treibt sie den Aufgaben zu, deren Lösung sie aus ideellen oder materiellen Gründen lockt. Diese naive Ausnützung des Wollens der Vorsehung (providentialism), mit ihrer Gleichsetzung von eigenfüchtigem Wollen und Weltenschicksal wird, wenn der Krieg nur lange genug dauert, leicht zu einer Umbiegung der amerikanischen Friedensziele führen können.

Diese Gedankengänge stehen im Gegensatz zu den Wilsonschen Friedenszielen. Sie erfüllen die Masse der Amerikaner einstweilen nicht. Präsident Wilson ist bis jetzt durch Wort und Tat gegen jede imperialistische Auffassung der amerikanischen Zukunft aufgetreten. Die Durchführung seines Planes würde Amerika der Versuchung entziehen, trotz aller Hem-

mungen den Weg der imperialistischen Entwicklung gehen zu müssen. Denn sie würde ja die imperialistischen Pläne anderer Staaten bekämpfen und eine Weltordnung schaffen, die die friedliche Entwicklung großer und kleiner Nationen sichert, aber die Monopolisierung der Erschließungsmöglichkeiten der Welt verhindert. Sie richtet sich damit gegen jeden Versuch eines Staates, wirtschaftlich oder politisch eine Vormachtstellung in der Welt zu erstreben. Sie hat zu einer Kriegserklärung gegen Deutschland geführt, weil Wilson sich einbildet, Deutschland verfolge ein derartiges Ziel. Sie richtet sich in der gleichen Weise gegen Amerikas Alliierte. Amerika hat zweifellos die nötigen Machtmittel, um im Verein mit seinen Bundesgenossen, oder allein, allen japanischen Vormachtsgelüsten im Stillen Ozean mit bewaffneter Hand entgegenzutreten. Es würde in seinem Kampfe gegen eine japanische Vorherrschaft in China neben den Waffen einen gewaltigen Bundesgenossen in der republikanischen Idee in China haben, die zwar ein wenig staatenbildendes Element sein mag, aber als Revolutionsidee gegen den japanischen Militärstaat von gewaltiger Zugkraft ist. Es ist aber nüchterne amerikanische Realpolitik durch Abrüstung zu Wasser und zu Land, durch das Selbstbestimmungsrecht der Völker und durch die

Schaffung eines Völkerbundes, den japanischen Ge-  
lüften zu einer Zeit den Boden zu entziehen, wo Japan  
sicher nicht imstande ist, einem Weltkonzert zu trohen.

Wilson's Ideen sind überdies nicht die Ideen des  
Angelsächsentums. Seine Reden finden gewiß be-  
geisterten Widerhall in den breiten Schichten des radi-  
kalen englischen Pazifismus. Das sind die Kreise, die  
international denken. Die eigentlichen Vertreter des  
angelsächsischen Gedankens in der Welt haben gewiß  
nichts dagegen, daß die Vereinigten Staaten als  
Trabanten der englischen Politik dienen. Sie er-  
streben ein gewaltiges, in sich geschlossenes Reich, das  
zwar durch vorgeschobene, neutralisierte Bastionen —  
Belgien, Arabien, Mesopotamien — vor allen Gegnern  
geschützt ist, aber seine letzte Sicherheit nicht in einem  
Völkerbunde, sondern in der britischen Macht  
sucht. Dieses Reich ist nicht gewillt, Stützpunkte preis-  
zugeben und abhängigen Ländern das Selbstbestim-  
mungsrecht zu verleihen. Es will Malta oder Gi-  
braltar so wenig aufgeben, wie Ägypten oder Irland.  
Die freie See ist ihm nicht die Freiheit des Handels  
in Krieg und Frieden, sondern die Ausübung der See-  
polizei durch England. Seine Vertreter sind meist  
klug genug, zu betonen, daß sie den Zielen des großen  
Alliierten zustimmen. Sie bekämpfen aber bewußt seine

Politik. Sie wollen sich ebensowenig zu einem Abrüstungsfrieden zwingen lassen und eine internationale Gerichtsbarkeit anerkennen wie der rücksichtsloseste Gewaltpolitiker in Deutschland. „Wer Zeit hat, die Frage des Völkerbundes ernsthaft zu studieren“, sagt ihr führendes Organ, „wird mit Entsetzen davor zurückschrecken. Phantastische Namen und schöne Phrasen werden auf die Dauer die scheußliche Nacktheit eines Planes nicht verhüllen können, der nichts anderes bedeutet, als Aufgabe unserer Unabhängigkeit und Annahme fremder Kontrolle.“\*) Für sie ist das Wilsonsche Friedensprogramm nicht die Begründung der britischen Herrschaft für alle Zeiten, sondern die Zerstörung des Angelfachsentums. Würde es doch in einem Areopag der Nationen in der Minderheit sein, selbst wenn Amerika ein angelsächsischer Staat wäre und nicht, nach den Worten Wilsons „ein zusammengesetztes und kosmopolitisches Volk. Wir sind aus der Brut aller der Völker, die im Kriege befindlich sind, die Ströme unserer Gedanken wie die Ströme unseres Handels schießen zu allen Zeiten zwischen uns und ihnen hin und her.“\*\*)

Wilson's Programm enthält Ziele, deren Verwirk-

---

\*) Morning Post vom 6. März.

\*\*\*) Rede von 5. März 1917.

lichung Amerika für möglich hält, und für deren Erreichung seine Bürger Opfer bringen werden, weil sie amerikanischen Interessen entsprechen. Er erstrebt keine angelsächsische Allianz, sondern die Herbeiführung eines Zustandes, der eine solche unmöglich macht.

Die Amerikaner fürchten sich vor dem Militarismus in jeglicher Gestalt und erblicken dessen gefährlichste Form im „preussischen Militarismus“. Sie denken dabei an eine Politik, die von einer militärischen Kaste nach militärischen Gesichtspunkten mit Mitteln der militärischen Gewalt betrieben wird. Wilson will diese Politik durch Abschluß eines Abrüstungsfriedens unmöglich machen. Er hat zuerst gehofft, den Frieden als Neutraler herbeiführen zu können. Er hat dann versucht, ihn durch die bloße wirtschaftlich-organisatorische Teilnahme Amerikas am Kriege zu erreichen. Er hat schließlich zum Schwert gegriffen und damit die Unterlagen seines Planes gefährdet. Man redet jetzt in Amerika viel davon, daß kein Friede ohne vorhergehenden Sieg abgeschlossen werden dürfe. Die moralisierende Auffassung, mit der der Amerikaner so gerne an politische Fragen herantritt, nimmt an, daß eine entsprechende militärische Abstrafung Deutschlands das deutsche Volk zur Erkenntnis der Irrwege bringen werde, auf denen es bisher gewandelt sei.

Wenn es sich bußfertig zeige, werde man ihm verzeihen und den reumütigen Sünder in die Gesellschaft der Nationen aufnehmen. Es ist nicht wahrscheinlich, daß diese Sachlage je eintreten wird. Ihre Erörterung zeigt aber deutlich, daß Amerika nicht unverbrüchlich an der Grundlage des Friedens ohne Sieger festhalten wird, der die einzig mögliche Grundlage des Wilsonschen Friedensprogrammes war. Wenn Wilson heute Deutschland mit Gewalt, äußerste Gewalt droht, und triumphierende Gewalt verheißt, dann zerstört er dadurch das eigene Gebäude. Völker lassen sich nun einmal nicht mit Waffengewalt von anderen Völkern erziehen. Selbst wenn sie es nicht mit ihrem Blute bezahlen müßten, wären sie einem siegreichen Gegner für die Zerschlagung ihrer falschen Idole nicht dankbar. Ein Volk kann im Laufe von Jahrhunderten den Raub von Ländereien verzeihen; es kann militärische Niederlagen vergessen. Es würde in seinem innersten Herzen den Gedanken des Revanchekrieges gegen eine Nation nie erlöschen lassen, die ihm nach Art eines moralisierenden Prügelpädagogen eine entscheidende Demütigung zufügt, damit es sittlich gehoben werde.

Dazu kommt ein weiteres: Ein Amerika, das vom Schicksal dazu auserwählt wäre, ein Weltgericht am

deutschen Volke zu vollziehen, würde nicht lange den naiv-uneigennütigen Idealen treu bleiben, an denen es heute noch hängt. Eine Demokratie, die nach unerhörten Erfolgen militärgewaltig in Waffen starrt und wirtschaftlich und finanziell zur Vormacht der Völker geworden wäre, würde nicht einfach zum Pfluge zurückkehren und bereit sein, die Stellung des Vorkämpfers mit der des Gleichberechtigten zu vertauschen. Ein paar Monate Krieg haben genügt, um Amerika, das in den Krieg ging, weil Rechte der Neutralen verletzt wurden, zum schlimmsten Verächter neutraler Rechte zu machen. Ein Krieg, der Amerika wirklich berührte und die amerikanischen Leidenschaften tief auführte, würde Amerikas ganzes Wesen umgestalten. Man mag ohne Hintergedanken in einen Krieg gehen, weil man ihn als Präventivkrieg betrachtet. Wenn man militärische Erfolge gehabt hat, wird man mehr nach Hause bringen wollen, als die schöne Erinnerung. Wenn der Gegner nichts besitzt, das man ihm zur Strafe abnehmen kann, so wird man den Alliierten einen Lohn für ihre Rettung abverlangen. Das wäre das Ergebnis eines — recht unwahrscheinlichen — amerikanischen Sieges. Auf der anderen Seite würde eine militärische Niederlage zwar Amerika nicht in seinen Lebenszentren treffen. Sie wäre aber der Todes-

stoß einer friedlichen Demokratie. Es ist nicht wahrscheinlich, daß man das Ganze als bösen Traum betrachten würde, und, die vorübergehende Verirrung bedauernd, zu den friedlichen Zielen der Demokratie zurückkehren würde. Amerika würde viel mehr für einen Revanchekrieg rüsten, wie nur je eine Nation gerüstet hat, deren Selbstgefühl getroffen ist.

Es scheint manchmal so, als ob Wilson die Gefahr erkannt habe, die seinen Friedenszielen in dem Augenblick entstanden ist, als er sie durch militärische Teilnahme am Kriege mit Gewalt durchzusetzen versuchte. Er hat gelegentlich zu verstehen gegeben, daß er unter Umständen einen Frieden für möglich hält, der mit einer militärischen Niederlage seiner Alliierten endet. Er würde es dann nicht als seine Pflicht betrachten, durch ein amerikanisches Millionenheer die militärische Sachlage wieder herzustellen. Er will vielmehr am Verhandlungstisch gegenüber den militärischen Errungenschaften, die in mächtigem Landgewinn bestehen, die wirtschaftlichen Möglichkeiten in die Waagschale werfen, die er mit seinen Alliierten zu beherrschen hofft. Er will die Anteilnahme an der Rohstoffproduktion und die Zulassung zu den Märkten von vier Weltteilen gegen den Raumgewinn aufrechnen, über den die Zentralmächte verfügen. Er

will diese durch wirtschaftlichen Druck vor die Frage stellen, ob sie es vorziehen, einen geschlossenen Handelsstaat in Mitteleuropa zu bilden, der außerhalb der Gemeinschaft der Völker stehend seine Eroberungen durch kostspielige Rüstungen festhalten muß, während ihm durch Ausschluß vom Welthandel die Möglichkeit schneller wirtschaftlicher Erholung verschlossen ist, oder ob sie durch Herausgabe der eroberten Gebiete ihre militärischen Lasten vermindern, am wirtschaftlichen Aufschwung der ganzen Welt teilnehmen und als Mitglieder des Völkerbundes Sicherheit vor Angriffen genießen wollen. Er will zu seinen alten Ideen zurückkehren und militärische Macht durch wirtschaftliche Macht ersetzen.

Es ist aber leicht möglich, daß die Entscheidung hierüber heute nicht mehr bei ihm liegt. Die Alliierten haben den letzten Waffengang gewagt, weil sie der Waffenhilfe Amerikas sicher waren. Wenn sie das Ringen fortsetzen wollen, weil sie auf Amerikas unerschöpfte Hilfsquellen zählen, und die völlige Erschöpfung Europas einem Ausgleich mit Deutschland vorziehen, dann wird Wilson die Hoffnungen erfüllen müssen, die er bei ihnen erweckt hat. Und wenn erst amerikanisches Blut in Strömen geflossen ist, wenn das amerikanische Selbstgefühl auf dem Spiele steht, dann

wird Wilson mit einer Kriegspartei im eigenen Lande zu rechnen haben, die an einem Abrüstungsfrieden wenig Gefallen finden wird. Ob Amerika militärische Erfolge erringt, oder ob es besiegt werden wird, — die Isolierungspolitik vergangener Jahrhunderte ist zu Ende.

Wilson ist im Jahre 1916 von seinen Mitbürgern wieder gewählt worden, „weil er dem Lande den Frieden bewahrt hat“. Einen Monat nach seinem zweiten Amtsantritt erklärte er den Krieg. Er tat das nicht etwa, weil er damals die Kraft in sich fühlte, Ziele zu verfolgen, die er früher hatte verbergen müssen, sondern weil er sich seit Kriegsbeginn von den Ereignissen hatte treiben lassen. Es ist möglich, daß seinem großzügigen Friedensprogramm ein ähnliches Schicksal beschieden sein mag. Er hat die Gabe, der Menschheit das gelobte Land in verheißungsvollen Farben vorzuzaubern. Die Kraft, im entscheidenden Moment zu handeln, hat ihm bis jetzt immer gefehlt. Wieder und wieder ist die Schicksalsstunde gekommen, in der es ihm und ihm allein vergönnt gewesen wäre, in die Speichen des Rades der Weltgeschichte einzugreifen, das erbarmungslos über die Menschheit hinwegt. Er hat immer gezögert. Als wäre er ein Liebling der Götter, ist die goldene Stunde wiedergekehrt, obschon er ihre Vorgängerin tatenlos verfliegen ließ.

Er ist heute nicht nur der Sprecher seines Volkes; in vielen Ländern ist er das Idol derjenigen, die einen Abrüstungsfrieden erhoffen. Aber während sie ihm noch als Führer zujubeln, müssen sie heute schon die Frage stellen, ob nicht sein Zögern im entscheidenden Augenblick, im Juli oder im Dezember des vergangenen Jahrs den Gewaltpolitikern in den alliierten Ländern die Berufung aufs Schwert noch einmal ermöglicht hat.

---













